

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal egl. Postgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
CoppfstraÙe 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro 3spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 7

Stuttgart, den 13. Februar 1904

20. Jahrgang

Der nächsten Nummer wird der Fragezettel zur Abstimmung beigelegt.

Ärzte und Krankenkassen.

II.

Der Leipziger Krankenkassenkongress, der von circa 1000 Delegierten besetzt war, die rund 800 Kassen mit 2 1/2 Millionen Mitgliedern vertraten, stellte sich in Diskussionen und Beschlüssen allgemein auf den Standpunkt, den auch wir im ersten Artikel zu der schwebenden Streitfrage der Ärzte mit den Krankenkassen einnahmen. Schon durch die Zusammenfassung der Vertretung auf diesem Kongresse erfolgte der Versuch, den einige Scharfmacher unternehmen: die Bewegung der Krankenkassen gegen die unerfüllbaren Ärzteforderungen zu einer sozialdemokratischen Tendenzmacherei zu stempeln, eine entsprechende Abweisung. Neben den Orts- und freien Hilfskassen waren 250 Betriebskrankenkassen und 23 Zünfts- und Knappschaftskassen mit etwa 235 Delegierten vertreten, die vorgeschlagene Resolution gelangte aber zur einstimmigen Annahme. Daß ein Delegierter, der Buchdruckereibesitzer Herr Scholten-Berlin, diese erhabene Behauptung mit gleicher Entschiedenheit zurückwies, wie die unverständlichen Ausführungen des Delegierten Tischenbörfer ist ein weiterer Beweis dafür, daß es sich um keinerlei einseitige politische Parteisache handelt, wozu zum Überschuß noch kommt, daß der „Vorwärts“ nach dem Kongress eine Erklärung von einer größeren Zahl Ärzte brachte, die anerkannte Parteigenossen sind, sich aber mit den Beschlüssen des Kongresses nicht zufrieden erklärten, sondern entschieden für die freie Arztwahl eintraten und sich somit in Gemeinschaft mit der „Arbeitgeber-Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“ und anderer bürgerlichen Blätter befinden, die mit Entschiedenheit für diese Forderungen der Ärzte eintreten. Von einer einheitlichen Anschauung, die auf Grund einer politischen Parteizugehörigkeit fundiert ist, kann also, wie man sieht, gar keine Rede sein.

Einladungen waren außer an die Krankenkassen, die Generalkommission, das Zentralarbeitssekretariat, den Präsidenten des Reichstags usw. eine ganze Reihe an staatliche und kommunale Behörden ergangen, von denen aber nur sächsische Behörden drei Vertreter entsendet haben, von denen der Oberregierungsrat Koch eingangs der Verhandlungen unter dem Beifall der Delegierten den Wunsch aussprach, daß die Streitigkeiten zwischen Kassen und Ärzten zu einem erfreulichen Ende geführt werden mögen. Danach zu urteilen, dürfte in diesem Falle die sächsische Regierung, wider sonstiger Gewohnheit, nicht solche reaktionäre Maßnahmen treffen wie diesmal die preussische bei ihrem Eingreifen in Köln, das in der gegenwärtigen Konfliktssache allgemeines und berechtigtes Aufsehen erregt hat. Dort in Köln streikten die Kassenärzte und die Kassen hatten bereits für deren Ersatz 30 Ärzte engagiert, denen gegenüber die Kassen sich verpflichtet hatten, sofort pro Arzt 6000 M.

Konventionalstrafe zu zahlen, wenn sie den Vertrag nicht erfüllen; die Verträge waren auf fünf Jahre abgeschlossen. Die Regierung verfügte nun die Aufnahme der Kassenpraxis durch die streikenden Ärzte unter Zustimmung der freien Arztwahl, der Schiedsgerichte und eines Honorars von 5 M. pro Kopf und 15 M. pro Familie, mit einer fünfjährigen Vertragsdauer. Ganz abgesehen davon, daß dieser Eingriff der Behörde materiell unerhört ist und auch die entlassenen Kassenärzte mit Schadenersatzansprüchen die Gerichte beschäftigen können, ist die Folge dieser Maßnahme überhaupt unabsehbar. Die Leitung der Kasse muß es doch gewiß besser wissen wie die Behörde, welche Forderungen zu bewilligen ihre Mittel zulassen. Welche kolossale Mehrbelastung die Einführung der freien Arztwahl den Kassen bringt — und nun erst bei dem von der Behörde bewilligten hohen Honorarsatz in Köln! — das hat der Vorsitzende der Dresdener Ortskrankenkassen, Fräßdorf, in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ zahlenmäßig dargelegt. Die Berliner Ortskrankenkasse der Maurer mußte mit Einführung der freien Arztwahl die Leistungen von 52 Wochen auf 13 Wochen herabsetzen, trotzdem verminderten sich die Ausgaben für Krankengeld, Arzt und Krankenhausverpflegung von 19,73 M. nur auf 19,15 M. pro Jahr und Mitglied. Bei der Maschinenbauerkasse, die ihre Leistungen von 52 auf 26 Wochen herabsetzte, vermehrten sich diese Ausgaben sogar von 24,35 M. auf 26,83 M. Trotz dieser kolossal herabgeschraubten Leistungen! Wie wird's jetzt erst den Kölner Kassen ergehen. Diese Angelegenheit in Köln ist natürlich noch nicht zu Ende. Eine Versammlung der Kassenmitglieder in Köln sagt in einer Resolution, daß die Verfügung der Regierung sich nicht mit den kaiserlichen Februarverlassen vom Jahre 1890, in denen dem wirtschaftlich Schwächeren vor allem Schutz der Staatsgewalt werden sollte, vereinbart, auch ließ sie sich mit dem Krankenversicherungsgesetz und namentlich mit dem Selbstverwaltungsrecht der Kassen nicht in Einklang bringen. Der Vorstand wurde beauftragt, gegen die beiden Verfügungen der Regierung und der städtischen Behörde das Verwaltungsverfahren einzuleiten und bis zur höchsten Instanz durchzuführen, auch den angestellten Ärzten jeden möglichen Schutz angedeihen zu lassen. Auf den Ausgang dieser Sache darf man gespannt sein und wir werden auch ihr unsere Aufmerksamkeit in unserer Zeitung widmen.

Der Krankenkassenkongress erklärte dann auch in einem Antrag, daß es Pflicht der Behörden sei, in dem Kampfe der Ärzte mit den Krankenkassen volle Neutralität zu beobachten.

Zu einer längeren Resolution stipulierte dann der Kongress seine Ansichten zu den einzelnen Forderungen der Ärzte und begegnete zugleich den falschen Darstellungen, die von gewisser Seite absichtlich in die Öffentlichkeit getragen wurden. Die

Resolution hier im Wortlaut anzuführen erübrigt sich wohl, sie dürfte unseren Lesern schon bekannt sein, sie deckt sich, wie schon gesagt, mit unseren Ausführungen. Hervorgehoben verdient noch besonders, daß sich der Kongress nicht grundsätzlich als Gegner der freien Arztwahl aussprach, sondern sie unter gewissen Verhältnissen sogar für erstrebenswert hält (in kleineren Orten zum Beispiel, wo nur etwa drei bis vier Ärzte ansässig sind), diese Angelegenheit aber als solche der Kassen betrachtet. Die Bezahlung nach Einzelleistungen, auch bei ermäßigten Sätzen, wird als Ruinierung der Kassen bezeichnet, die auch den sozialen Zweck der Versicherung vernichtet und die Selbstverwaltung illusorisch macht. Im Interesse der Versicherten wird die Verwendung von Staatsmitteln an die Ärzte gewünscht. Die ärztliche Forderung, Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 M. außerhalb der Versicherung zu stellen, wird für sozial rückständig und für die Fortentwicklung der Kassen lähmend bezeichnet. Weiter wird eine Änderung des § 144 der Gewerbeordnung gefordert, der die Bestimmungen aufhebt, daß Medizinalpersonen unter Androhung von Strafen ein Zwang zu ärztlicher Hilfe auferlegt werden kann. Der Staat zwingt die Krankenkassen zu solchen Leistungen, müsse also auch gefählich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung Sorge tragen, indem er die Ärzte zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Kassenmitgliedern verpflichtet. Mit der Aufforderung zum Zusammenschluß der Kassen in Zentralisationen, um den an sie herantretenden Forderungen gegenüber sich stärker zu erweisen, ferner mit der Erklärung, daß sich die Krankenkassenvertreter von jeder Ärztefeindschaft frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Berufsinteressen der Ärzte in Einklang zu bringen, schließt die Resolution.

Ein Passus der Resolution verdient aus der summarischen Betrachtung herausgehoben und besonders behandelt. Es betrifft das die Zurückweisung des Vergleichs, als ob der soziale Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer der gleiche sei, wie zwischen Ärzten und Krankenkassen. Bei oberflächlicher Betrachtung sieht die Ärztebewegung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter sehr ähnlich. Sie ist es aber nicht, obgleich gewisse Interessentkreise mit heißen Bemühen eine solche Meinung immer wieder öffentlich publizierten, was nur den Zweck haben kann, die Versicherten zugunsten der ärztlichen Standesforderungen irre zu führen. Eine Krankenkasse ist kein auf den Profit berechnendes Unternehmen, wie etwa ein Industrieunternehmen, sondern sie ist eine Wohlfahrtsinstitution, das Entlohnung der Angestellten, der Ärzte, möglichst niedrig zu halten. Die soziale Fürsorge für die Versicherten verpflichtet die Leitung der Kasse, hausväterisch mit den Einnahmen umzugehen und

Forderungen, die einem bestimmten Stande auf Kosten der Versicherten und der materiell jetzt schon nicht immer günstigen Grundlagen der Kasse ein standesgemäßes Einkommen sichern wollen, zurückzuweisen. Der Arzt aber ist nicht ein von der Kasse Beschäftigter in dem Sinne, wie der Arbeiter Beschäftigter beim Unternehmer ist. Das wäre der Arzt erst, wenn die Kassen Kliniken und Krankenhäuser errichteten, sich somit in den Besitz der Betriebsmittel setzten und die Ärzte dann gegen festes Gehalt allein für die Kassenpraxis anstellten. So aber, wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist der Arzt freier Gewerbetreibender, die Krankenkassen respektive Patienten sind Konsumenten gegenüber dem Arzte. Es streifen also nicht Angestellte wegen schlechter Bezahlung und Behandlung durch ihre Arbeitgeber, sondern es verweigern Gewerbetreibende den Konsumenten ihre Leistungen. Dazu kommt dann nach, daß kein Unternehmer verpflichtet ist, Arbeiter zu beschäftigen, das ist seinem freien Ermessen anheimgestellt, die Kassen sind aber gesetzlich verpflichtet, den Mitgliefern ärztliche Hilfe zu leisten. Eine feste Anstellung und Besoldung aber wollen die Ärzte nicht, weil sie in der freien Ausübung ihrer Praxis ihr Einkommen nicht unbeträchtlich steigern können. — Wie also diese wenigen Hinweise auf die grundsätzlichen Unterschiede der Arztabewegung mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zeigen, hinkt der Vergleich zwischen beiden gewaltig und ein Parallelsieren beider ist unmöglich.

Noch ein wichtiger Umstand ist uns bedeutungsvoll. Räumen die Forderungen der Ärzte zur Durchführung, so würden, wie an Beispielen gezeigt, die Krankenkassen schwer belastet. Um den gesetzlichen Vorschriften, die die Krankenversicherung an sie stellt, genügen zu können, müßten sie ihre jetzt schon vielfach ziemlich hohen Beiträge noch um ein Beträchtliches erhöhen, denn ein anderer Ausweg würde sich doch nicht finden lassen. Dadurch würden die Versicherten, wie auch die Arbeitgeber, mit höheren Beiträgen bedacht, was bei letzteren gewiß wieder zur Folge hätte, wo es nur irgend zugänglich ist, Betriebskrankenkassen einzurichten. Solche zu errichten sind bei einem Arbeitspersonal von 50 Personen schon gesetzlich zulässig. Damit würde die Dezentralisation, unter der die Versicherten heute schon empfindlich zu leiden haben, noch weiter gefördert, wodurch dann wieder die Arbeiter geschädigt werden, die aus der höheren Leistungen gewährenden Ortskrankenkasse, die ihnen oft auch Familienunterstützung gibt, austreten müßten, um den bei bedeutend niederen Leistungen und höheren Beiträgen existierenden armen Fabrikfähigen beizutreten. Also auch das würde zum Nachteil der Versicherten ausschlagen.

So haben nicht gerade zuletzt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein reges Interesse an dem Verlauf und Ausgang dieser Arztabewegung, in der auch sie ihren Mann stellen müssen, wo nur irgend die Gelegenheit sich bietet und die Pflicht sie ruft, steht doch für sie nicht wenig auf dem Spiele. Die Arztabewegung ist keine Frage der Entlohnung schlechtbezahlter Angestellter, sondern sie ist eine Frage des öffentlichen Volkswohls, in welchem Sinne eine friedliche Weileung recht bald zu wünschen wäre.

Christliche Gewerkschaften, Neutralität und anderes.

Man muß es mir schon gestatten, über das vorstehende Thema noch einige Ausführungen zu machen. So wie die Dinge nun einmal liegen, ist es keine rein akademische Frage mehr, obgleich ich nicht beabsichtige, daß der Buchbinderverband in Zukunft diejenigen Bahnen wandeln wird, in die ihn über-eifrige Anhänger eines extrem ausgebildeten Dogmas drängen möchten.

Absolute Neutralität ist absoluter Unsinn, denn niemals kann es den Gewerkschaften gleichgültig

sein, wie der „Rechtsboden“ ist, auf dem sie ihre wirtschaftlichen Kämpfe auszufechten haben, niemals können sie einer diesem Rechtsboden entspringenden Rechtsprechung gleichgültig gegenüberstehen; niemals kann sich die Gewerkschaftsbewegung dem Werte einer guten Schulbildung für ihre eigene Agitation und Organisation verschließen. Die Handels- und Zollpolitik ist für die Gewerkschaften von außerordentlichem Einfluß. Im Reichstag, in den Landtagen, in den Gemeindevertretungen, überall sind Arbeiterinteressen zu vertreten. Hier sind die Stellen, von denen aus man auf die Verwendung der riesig anwachsenden Budgets, auf die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Musterbetriebe usw. Einfluß gewinnen kann. Es kann uns nicht mit völliger Burschichtigkeit erfüllen, durch welches Wahlrecht dieser Einfluß am besten gesichert und durch welche Vertretung er am wirksamsten ausgeübt werden kann. Die Neutralität ist viel weniger eine Frage des Prinzips als der Taktik. Die verkümmerten englischen Gewerkschaften, die von „Prinzipienreinheit“ nicht durchsuchten amerikanischen Gewerkschaften lassen ihre Interessen politisch „von bürgerlichen Politikern“ vertreten. Mit welchem Erfolg, ist ja jüngst erst in dieser Zeitung im „Fall Miller“ erzählt worden und starrt uns mit leuchtenden Lettern aus den Taff-Wale-Entscheidungen der englischen Richter und dem schmachvollen Verhalten des von diesen Entscheidungen betroffenen „Arbeiterführers“ und Vorstehenden der Eisenbahnergewerkschaft Bell an. Es gibt ja allerdings Leute, die alle diese Dinge als Ausnahmen ansehen, denen selbst der Fall „Crimmitschau“ nicht die Augen darüber geöffnet hat, daß unser Staat ein Klassenstaat und die Suspendierung der gesetzlichen Rechte in Crimmitschau dem Wesen dieses Staates genau so entspricht wie die Maßnahmen des preussischen Ministers Persfurth beim großen Buchdruckerstreik 1891 gegen den Buchdruckerverband.

Unter diesen Gesichtspunkten möchte ich die folgenden Ausführungen betrachten lassen. Wer trotzdem dieselben auf das Niveau einer persönlichen Raibalgerei mit unserem Redakteur herabdrücken will, den kann ich daran nicht hindern, aber recht hat er nicht. In einem herrscht allerdings zwischen mir und Schmidt vollkommene Übereinstimmung, und zwar darin, wenn er schreibt: „daß er über nicht allzu viel Kenntnisse über historische Entwicklung und Wesen dieser christlichen Gewerkschaften verfügt!“ Ich ziehe aber eine andere Konsequenz aus dieser berechtigten Selbsterkenntnis als Schmidt und meine, daß man ohne diese Kenntnisse nicht leichtthin Urteile über christliche Gewerkschaften und ihre Kongresse hinausposaunt, sondern dies berufenen Federn überläßt. Zu diesen berufenen Federn zähle ich Que-Effen, den Redakteur des Bergarbeiterorgans, der erst im letzten Jahrgang des Correspondenzblattes der Generalkommission eine ganz entgegengesetzte Qualifizierung der christlichen Gewerkschaften und ihrer Organe uns gegeben hat, wie es von Schmidt beliebt wird. In demselben Jahrgang des Correspondenzblattes wird auch eine Notiz eines Zentrumsorgans zum Abdruck gebracht, die den Beweis erbringt, daß Herr August Brust — der Bewunderer unseres Redakteurs — nach einer Stadt besuchen wurde zur Gründung christlicher Gewerkschaften — um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben! Wenn so offenerzig der Zweck christlicher Gewerkschaften von den Parteiorganen des Herrn Brust zugegeben wird, dann macht der Glaube an die unbefleckte Neutralität derartiger Gewerkschaften, wie es seitens Schmidts gelehrt wird, einen eigentümlichen Eindruck. Ich habe übrigens gar nichts dagegen, wenn wir „in weiterer Umfassung der bestehenden Arbeiterverbände Forderungen an die Gesetzgebung stellen“. Allein im Griffsalle haben uns die christlichen und nationalen Gewerkschaften noch stets im Stich gelassen, noch niemals haben sie sich dazu aufzuschwingen vermocht, ihre christlichen und nationalen Parlamentsvertreter glatt durchfallen zu lassen, wenn sie nicht rüchhaltlos für die grundlegenden Arbeiterforderungen eingetreten sind. In Hamburg stellen zum Beispiel die beschriebenen deutschnationalen Handlungsgehilfen und Hirsch-Dunckerische Gewerksvereine an die bürgerlichen Kandidaten zur bevorstehenden Bürgerschaftswahl die Forderung, für die proportionale Vertretung bei den Gewerbeurteilen einzutreten. Warum nicht

für die Bürgerschaftswahl? Sage das etwa nicht viel mehr im Interesse der Arbeiter?

Daß übrigens bürgerliche Parteien zur energischen Vertretung von Arbeiterinteressen „gedrängt“ werden könnten, ist eine nationalsoziale Ideologie, die vor der nackten Wirklichkeit wie Streu gestiebt, wie unter anderem die Vorgänge bei der Stuttgarter Bürgerauschusswahl erwiesen haben. „Gedrängt“ müssen sie ja aber auf alle Fälle erst werden, wenn sie Arbeiterforderungen bewilligen sollen, das hat selbst das gläubige Gemüt von Schmidt begriffen; warum dann aber erst der Umweg über diese Parteien, warum dann nicht sofort Anschluß an jene Partei, die Arbeiterinteressen rüchhaltlos und vorbehaltlos vertritt und selbst das Drängen in ausgereicherter Weise besorgt? In Schmidts Arbeiterkongressartikel war übrigens nicht nur von „weiterer Umfassung der bestehenden Arbeiterverbände, um Forderungen an die Gesetzgebung zu stellen“ die Rede — sondern „daß die Trennung der wirtschaftlichen Arbeiterverbände nach religiösen und politischen Anschauungen unnützlich ist und nicht im Interesse eines gemeinsamen Handelns zur Erreichung der beiderseitig gesteckter Ziele liegt“. Das ist etwas wesentlich anderes, zumal Schmidt damit nicht etwa meinte, die christlichen und sonstigen Gewerkschaften sollten sich zugunsten der freien Gewerkschaften auflösen, sondern die letzteren sollten mit den ersteren Bündnisse schließen usw. So wollte Schmidt doch gewiß seine Ausführungen aufgefaßt wissen. Als Realpolitiker ist ihm jedoch kein Glück beschieden. Während trotz der Stöße von Dantesbriefen ob seiner Neutralität schon drei Kollegen in der Buchb.-Ztg. seiner optimistischen Auffassung entgegentraten, zog Herr August Brust nicht ganz mit Unrecht daraus die Konsequenz: „Ergo sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften höchst überflüssig zur Vertretung der Arbeiterinteressen“, denn — „Wir sind bisher auch noch nicht weiter gekommen, als diese Forderungen zu erheben“ — hätte er unter Berufung auf Schmidt getrost hinzufügen können.

Das „packende“ Beispiel von dem von der Generalkommission einberufenen Heimarbeiterschutzkongress für die Schmidtischen Ausführungen erweist sich gleichfalls als eine Fata morgana, denn ebensogut könnte man die Herren Unorganisierten auch „als bündnisfähig in weiterer Umfassung“ anerkennen, weil sie oft bei Streiks die gleichen Forderungen wie wir erheben, und mit Vergnügen dieselben Unterstützungen von uns entgegennehmen, die wir unseren organisierten Kollegen auszahlen. Mit solcher Argumentation kann man eben alles beweisen.

Welchen Gipfel die Neutralitätsfeyererei bereits erstiegen hat, ersehen wir aus der Gewerkschaftlichen Rundschau in Nr. 51, 1903, der „Buchb.-Ztg.“, allwo es wörtlich heißt: „Leider werden wir in der objektiven Beurteilung der Vorgänge im Lager der christlichen Gewerkschaften immer wieder durch Gefühlsaufwallungen eines oft sehr berechtigten Argers gestört. Wir verurteilen, das ist hinlänglich bekannt, die Gründung von christlichen Gegenorganisationen dort nicht wo die legitimen Verbände gegen die Gesetze der Neutralität verstoßen, wir gönnen den Christlichen auch die Bearbeitung des jungfräulichen Organisationsbodens und begrüßen zum Beispiel die Organisation der christlichen Krankenpfleger und Pflegerinnen.“

Das heitere Moment in dieser Beweisführung ist, daß damit nachträglich die Berechtigung der Buchdrucker-Gewerkschaft glänzend gerechtfertigt und Schmidt durch diese Ausführungen vollständig ins Unrecht gesetzt wird. Denn es ist ebensoviele eine Forderung der Logik als der von Schmidt zum Teufel gewünschten „Prinzipienreinheit“, daß das, was den christlichen Gewerkschaften recht, der Buchdrucker-Gewerkschaft billig sein muß. Nun hören wir einmal, was ein Mann sagt, dem man wohl kaum den Vorwurf machen wird, er sei vom „Buchdruckerfollor“ besessen. Der Zentralarbeitersekretär und Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt, der Bruder unseres Redakteurs, sagte auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress laut Protokoll:

„Wir können die Wege, die die Buchdrucker eingeschlagen haben, nicht billigen. Sie meinen ihre Kraft durch ein Telegramm an den Grafen Posa-

domsten zur Geltung zu bringen; aber das ist nicht der Weg, den wir der Arbeiterschaft empfehlen könnten. Sie (zu den Buchdruckern) behaupten, Sie hätten die Gegensätze nicht systematisch verschärft. Ich könnte ein reiches Material dafür beibringen, daß Sie oft ohne jeden Anlaß ganz systematisch Stimmung gegen die Partei gemacht haben. (Sehr richtig!) Sogar die „Frankfurter Zeitung“ schrieb seinerzeit, das sei keine Neutralität gegenüber der Partei, sondern eine bestimmte politische Richtung, die sich direkt gegen die Sozialdemokratie wendet. (Sehr gut!) Sie sagen, Sie seien die Angegriffenen. Ich gebe zu, daß Sie vielfach angegriffen waren und nicht immer mit Recht. Sie dürfen deshalb aber keinen Kampf gegen die Gesamtpartei führen. Sie stellen die negative Arbeit der Partei in Gegensatz zur positiven Arbeit der Gewerkschaften. Darüber kann man ja verschiedener Meinung sein; wenn Sie aber weiter sagen, die Gründer der Gewerkschaften seien glücklicherweise keine Sozialdemokraten gewesen, so ist das eine Auffassung, die von keiner anderen Organisation geteilt wird. (Sehr richtig!) Ihre Zeitung gibt von der Sozialdemokratie nur ein Zerrbild. Ich meine aber, der Partei, die unausgesetzt für die Gewerkschaften tätig ist, die im Parlament die Rechtsgrundlage für Sie schafft, damit wir von den ewigen Drangsalierungen befreit werden, der Partei haben wir Achtung und Anerkennung entgegenzubringen und nicht Beschimpfungen, wie das fortgesetzt geschieht ist. (Sehr richtig!) Gerade in den letzten Jahren haben sich in der Partei die Meinungen über die Gewerkschaften außerordentlich geklärt; für die Neuerungen einzelner Redakteure ist die Partei nicht verantwortlich. Der Beschluß in Sachen der Hamburger Alfordmaurer soll den Interessen der Gewerkschaften widersprechen. Aber auf dem Parteitag hat doch die große Mehrzahl der anwesenden Gewerkschaftsbeamten für diesen Beschluß gestimmt. Uebrigens hat kein Blatt die Maurerangelegenheit mit so hämischer Freude behandelt, wie der „Correspondent“. Wir wollen den Konflikt beseitigen, nicht verschärfen. Wenn die Buchdrucker gegen die Partei Front machen, so werden sie die Arbeiter nicht auf ihrer Seite haben, sondern in Gegensatz zu der Arbeiterschaft kommen, was ich nicht wünsche, weil ich die Organisation der Buchdrucker achte, weil ich vor ihren Kräften, Aufgaben und Leistungen Achtung habe. Aber Ihre Begegnung sind nicht richtig und Sie hätten sie nicht einschlagen sollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ich weiß nicht, ob unser Georg seinen Bruder als unrettbar dem Buchdruckerfoller verfallen betrachtet und demselben ob seiner Rede im buchstäblichen Sinne die Bruderschaft gekündigt hat. Lebhafter Beifall und Händeklatschen der Kongreßteilnehmer beweisen wohl die Richtigkeit der Ausführungen Rob. Schmidts. Hält man damit die in Nr. 46 der „Buchb.-Ztg.“ 1902 im Versammlungsbericht aus Offen erhobenen Vorwürfe gegen den „Allgemeinen Beobachter“ (Eigentum von Mitgliedern des Verbandes Deutscher Buchdrucker im Gau Rheinland-Westfalen) zusammen, die da besagten, daß der „Allgem. Beobachter“ in der Wahlbewegung 1898 für den „Vereinsrechts- und Gewerkschaftsgegner“ Krupp gegen den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer Schröder eingetreten sei, daß er sich einer Denunziation von Arbeiterwählern in Kruppischen Wohnungen und ferner eines groben Verstoßes gegen das Gewerkschaftsprinzip gelegentlich einer Differenz der Metallarbeiter in einer Kruppischen Werkstätte schuldig gemacht habe — dann, sage ich, gehört schon ein sehr eigenartiges Empfinden dazu, wenn man unter solchen Umständen den sozialdemokratischen Buchdruckern verweigern will, was man den christlichen Arbeitern in der „Buchb.-Ztg.“ ausdrücklich zugeht. Ergo war die Buchdrucker-Gewerkschaft berechtigt.

Meine Stellung zur Buchdrucker-Gewerkschaft war noch von anderen Momenten beeinflusst, doch würde es zu weit führen, die ganze Angelegenheit hier wieder aufzurollen.

Schmidt hat übrigens selbst gefühlt, daß sein Kampf gegen separatistische Organisationen an Überzeugungskraft verlieren müßte durch sein Liebling mit christlichen Gewerkschaften und Guttenbergbund — denn auch diese „neutrale“ Organisation war auf dem Gewerkschaftskongreß vertreten. Daher seine verlegenen Ausführungen über den Postsekuellerverband und unser Verhältnis zu demselben. Sicher steht der Postsekuellerverband turn-

hoch über den christlichen Gewerkschaften, ich will mich aber darüber nicht weiter auslassen, um Schmidt nicht hindern in den Weg zu treten, in Vertretung von nun einmal bestehenden Beschlüssen. Uebrigens bin ich unserem Redakteur noch niemals in den schwerbewaffneten Arm gefallen, wenn er gegen die jugenauten sozialdemokratischen Lokalorganisationen zu Felde gezogen, sondern darin hat er mein volles Einverständnis. „Es überkommt einem ein Gefühl von Bitterkeit, wenn man fast in jeder Nummer der „Buchb.-Ztg.“ versteckte hämische Angriffe auf die Partei findet und jedes noch so unbeachtetes Blättchen zitiert wird, wenn es sich was gegen die Genossen geleistet hat, während auf der anderen Seite alles, was im „Correspondent“ steht oder von Rezhäuser kommt, als der Inbegriff alles Lauteren und Bahren gefeiert wird.“ — So schrieb mir ein Mitglied der Leipziger Tarifkommission, als in der „Buchb.-Ztg.“ kurz vor den Reichstagswahlen in echt neutraler Weise die Frage erörtert wurde: „Sollen die Gewerkschaften eigene Vertreter ins Parlament senden?“ Ja, das ist wahr, seit den Tagen des Leipziger Volkszeitungskonflikts sind in der „Buchb.-Ztg.“ die künftigen Abjudentenritte zugunsten der Rezhäuserischen Ideen unternommen worden und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ist ihr Redakteur gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Organe wie ein rasender Roland losgezogen. So bei der Alfordmaureraffäre, wo Schmidt vergnüglich im Strome der Majorität geplätschert haben will, während sein Bruder Robert bekanntlich gerade das Gegenteil behauptet. So beim künstlich konstruierten Konflikt in Nürnberg, der in einem Leitartikel bombastisch aufgebauscht und nachher von dem Gauvorsteher Neckling als eine materiell und formell ungerechtfertigte Forderung an das dortige Parteivorgan aufgelöst wurde. So wieder in der Zeit vor der Reichstagswahl 1903. Mit einem Worte: Außer dem von Robert Schmidt gekennzeichneten „Correspondent“ hat kein Gewerkschaftsorgan in Deutschland so gehässig gegen die Partei geschrieben, als die „Buchb.-Ztg.“ Es ist daher kein Zufall, daß in unserer Zeitung Arbeiten zu finden sind von Leuten, die schon bei der letzten Reichstagswahl die Wahl befonderer Gewerkschaftskandidaten befürwortet haben. Mitarbeiter aber als Mitgliederkreisen werden gar nicht mehr für voll angesehen, trotzdem gerade der Berliner Delegierte zum Paleschen Verbandstag, Georg Schmidt, dafür plädierte, daß die „Buchb.-Ztg.“ aus den Mitgliederkreisen selbst Mitarbeiter gegen kleine Entscheidung für ihre Beiträge vergeben solle. Die jegliche veränderte Auffassung Schmidts kommt so recht in dem Ton seiner Aufforderung an mich zum Ausdruck: ich solle einmal selbst ein paar Artikel über Einführung des Tarifs vom Stapel lassen. Ich nehme diese „Strafarbeit“ auf mich und hoffe, nach der fürchterlichen Vernöbelung, die mir seitens Schmidts zuteil geworden ist, noch so viel Begriffe sammeln zu können, um in einigen Wochen eine Arbeit zu liefern, die nicht allzu tief unter das übliche Niveau der „Buchb.-Ztg.“ fällt.

Der letzte Artikel Schmidts ist ja zum größten Teil gegen mich persönlich gerichtet. „Wer sein Haus baut an der Straßens, der muß die Leute reden lassen“ — ist mein Grundsatz. Ich verlange von keinem Gegner, daß er seine Waffen abstumpft; Satire, Spott, Ironie müssen auch bei Austragung von Meinungsverschiedenheiten unter Kollegen gelten, wenn sie nicht in herabwürdigender Weise gehandhabt werden. Ich konstatiere ausdrücklich, daß Schmidt die Grenzen einer zulässigen Polemik nicht überschritten hat. Er sollte aber gerechterweise anerkennen, daß es mir ebensowenig eingefallen ist, ihn als „charakterlos oder gefinnungslos“ Patron hinzustellen. Aus welchen Stellen meiner Artikel will denn Schmidt eine solche deplizierte Anschuldigung begründen? Schmidt ist vollständig auf falscher Fährte, wenn er meine antipodischen Ansichten gegen ihn auf einen „alten Spahn“ mit Rezhäuser zurückführt. Ist denn das überhaupt wahrscheinlich, da doch Schmidts Bruder fast dieselben Ansichten über die Schreibweise des „Correspondent“ vertritt, wie ich? Ich müßte doch wirklich auch ein erbärmlicher Nichter sein, wenn ich nur um einer persönlichen Reiberei willen die Spalten der „Buchb.-Ztg.“ in Anspruch nähme. Nein! mir ist es nur um die Sache zu tun, die

Person kommt für mich nur soweit in Betracht, als sie der Träger von mir für unrichtig gehaltenen Anschauungen ist. Nun einige Richtigstellungen Schmidtscher Behauptungen.

Zuerst der Breslauer Fall.

Richtig ist, daß ich von den Breslauern für den Fall zu einem Refexat eingeladen war, falls Dietrich auf erneute Anfrage ein solches ablehnen sollte.

Am 9. November 1903 sprach ich in Breslau; kurz vor der Versammlung erhielt ich vom Verbandsvorstand einen Brief, der gerade keine Aufforderung war, in Breslau zu bleiben und dort Verhandlungen zu führen. Am 10. November dampfte ich daher wieder ab und schrieb von Leipzig aus in den nächsten Tagen einen längeren Situationsbericht über Breslau an den Verbandsvorstand und beschwerte mich zugleich über die Untätigkeit des letzteren in den vorbereitenden Stadien der Bewegung. Denn die ganze vorbereitende Tätigkeit des Verbandsvorstandes hatte in der Genehmigung und Beglückwünschung zum Gelingen der Bewegung in Breslau bestanden, trotzdem Schmidt, der doch ein hervorragendes Mitglied desselben ist, in einem Briefe vom 17. November 1903 erklärte: „Wisse denn, der Osten, der leidige Osten und speziell Breslau und Brieg interessieren mich sehr und ich war begierig, ob es dort endlich zu etwas kommen wird.“

Am 21. November ein Telegramm aus Stuttgart:

Können Sie Dienstagabend in Breslau sprechen? Dietrich.

Antwort: Ja. Kloth.

Darauf erhielt ich von Dietrich einen Brief, der nähere Anweisungen des Verbandsvorstandes enthielt.

Am Morgen des 24. November eine Karte aus Breslau, in der es zum Schluß hieß: „... Jedoch ist heute abend Konferenz mit der Zimung u.w.“ Die Karte wurde durch Eilboten mir zugestellt und erreichte mich nur durch zufällige Verspätung meiner Abreise. Als ich gegen mittag in Breslau anlangte, teilte mir Seliger mit, daß die Verhandlung mit den Prinzipalen bereits am gestrigen abend stattgefunden habe und ein sehr unbefriedigendes Ergebnis gehabt habe. Den Kollegen Seliger in Breslau trifft der Vorwurf, in unverantwortlicher Weise es verkannt zu haben, mich rechtzeitig von den Verhandlungen mit den Prinzipalen in Kenntnis zu setzen. Also ich wollte verhandeln und hatte irrtümlich angenommen, daß dies noch möglich sei, indem ich die Bemerkung auf der Karte von Seliger: „heute abend“ Konferenz mit der Zimung auf den 24. anstatt auf den 23. bezogen hatte. Aus dieser attemmäßigen Darstellung werden die Kollegen wohl eine andere Auffassung gewinnen als durch die Schmidtschen Phantasien, und ich kann es ruhig ihrem Urteil überlassen, wer von uns beiden der blamierte Europäer ist. Das ganze Schmidtsche Raisonnement hätte doch überhaupt nur dann einen Sinn, wenn ich jemals die absurde Behauptung aufgestellt hätte, daß sich durch Verhandlungen alles erreichen ließe, während es doch gerade Schmidt wissen müßte, daß die Aussicht über den Wert von Verhandlungen, ohne wirkliche Macht dahinter, ja einer unserer Differenzpunkte bildet.

Diese Diskussion über den Fall Breslau war in der Tat überflüssig, wenn Schmidt an die wirklichen Geschehnisse sich hielt. Freilich wäre es ein bequemes Mittel, unbequeme Kritiker loszuwerden, wenn man sie einfach vier Wochen vor Weihnachten nach dem „faulen Osten“ jagte, um dort „durch Verhandlungen“ 40 Pf. Minimallohn zu erzwingen, sie andernfalls aber für unfähig erklären.

Diese ruhrende Unkenntnis der Wirklichkeit finden wir auch sonst bei Schmidt. So, wenn er mein Eintreten für die Tarifgemeinschaften aufzweifelt und in leichtfertiger Weise die Wahrheit auf den Kopf stellt, indem er behauptet: „ich wäre für den Anschluß der Buchdrucker aus dem Leipziger Gewerkschaftstaktel eingetreten, nur weil diese eine Tarifgemeinschaft hatten“. Ich habe im Gegenteil von Anfang an den diesbezüglichen Beschluß des Leipziger Gewerkschaftstaktels für einen Fehler erklärt. Wenn Schmidt daher nicht Beweise für seine Behauptung bringt oder sonst widerruft, so will ich hiermit den Vorwurf erhoben haben, daß er wider besseres Wissen Behauptungen aufrecht erhält.

Zum Schluß möchte ich auch die Bemerkung mit einfließen lassen, daß mir das notwendige Eingehen auf den persönlichen Teil der Schmidtchen Artikelserie wahrhaftig keinen Spaß gemacht hat.

Und ich möchte unter Begunahme auf Crimmitschau darauf hinweisen, daß weder die gewerkschaftliche noch die politische Bewegung für sich allein das Allheilmittel zur Emanzipation der Arbeiterklasse sind, sondern beide zusammen sind die Grundpfeiler unserer Macht und unserer Zukunft. Das Gedeihen der einen Richtung befördert die der anderen, wenn man in kluger Weise gegenseitig sich zu helfen sucht, anstatt in verkleinernder Weise die Tätigkeit der anderen herabzusetzen. Tausende von Fäden verknüpfen den Organismus des gewerkschaftlichen Lebens mit dem modernen Staat, jede Veränderung hier zittert dort nach und umgekehrt. Wir brauchen keine Nurgewerkschaftler und Nurliberalen, sondern ganze Menschen, die sich auf allen Gebieten nützlich betätigen wollen.

Emil Kloth.

Wollte ich auf all diese zahlreichen, neuen, von E. K. hier vorgebrachten Angriffe antworten, so müßte ich natürlich mindestens wieder den gleichen Raum der Zeitung in Anspruch nehmen wie er. Das geht aber nicht. Und weil nun jedes Ding in der Welt einmal ein Ende haben muß, so will und muß ich mich mit dieser Anmerkung begnügen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch der Anschein erweckt wird, als sei ich der „blamierte Europäer“. Ich muß mir in der Polemik immer gewisse Schranken auferlegen, selbst E. K. gibt zu, daß ich die Grenzen der zulässigen Polemik nicht überschritten habe, andere Kollegen — nicht Wenig aus Effen — beklundeten mir gegenüber die gleiche Ansicht, hätten es aber lieber gesehen, ich wäre in meiner Entgegnung massiver geworden. Das könnte ich sehr gut, daß ich es nicht tat, war recht so.

E. K. meint, absolute Neutralität sei Unsinn. Das Attribut „absolut“ läßt in diesem Falle manche Auslegung zu, jedenfalls kann man doch aber, wenn man die Gewerkschaften von Parteipolitik frei wissen will — und das ist Neutralität —, als eine der Grundthesen aufstellen: daß eine Trennung der wirtschaftlichen Arbeiterverbände nach religiösen und politischen Anschauungen unnütz ist. Wenn nicht, dann treibe man doch mit dem Worte Neutralität selbst keinen Unfug, indem man erklärt, man stehe selbst auf dem Standpunkt der Neutralität, dann mache man doch diesen Unfug nicht mit, sondern erkläre sich für ausgesprochene sozialdemokratische Gewerkschaften. Wenn das E. K. täte, müßte man wenigstens, woran man ist. Jetzt zitiert nun auch noch E. K. meinen Bruder als Kronzeugen gegen mich. Der könnte gewiß mit Raim sagen: Soll ich meines Bruders Güter heben? Wenn ich mit seinen Ansichten gänzlich differieren würde — was im allgemeinen nicht einmal der Fall ist, und ich sonst mit ihm in vollständigem Unfrieden lebte, was noch viel weniger der Fall ist —, so würde doch das nicht viel besagen, schließlich müssen doch seine Ansichten nicht auch die meinigen sein. Daß mein Bruder übrigens nicht vom Buchdruckerfoller besseren ist, wie eine gewisse Spezies von Menschen, beweisen seine zitierten Ausführungen, von denen E. K. nur die besonders hervorhebt, die für seine Zwecke brauchbar sind. Ich konstatiere hierbei nochmals, daß in der Alfordmaver-affäre die Gewerkschaftspresse — soviel ich übersehen konnte, sogar ohne Ausnahme — meinen Standpunkt einräumt. Unerbört — sehr gelinde gesagt! — ist der Vorwurf: „Jede Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ bringe verstellte hämische Angriffe gegen die Partei“, wozu als besonderer Beweis noch der Nürnberger Fall herhalten muß, den E. K. nochmals öffentlich gegen mich erhebt, obgleich ich ihm persönlich gelegentlich einmal nachgewiesen habe, daß ich daran unschuldig bin. Die Nürnberger Verlangten damals mit größerer Entschiedenheit die Aufnahme des betreffenden Artikels, wie E. K. die Aufnahme der seinigen verlangt. Ich habe nur kleine veröhnende Notizen zu dieser Sache gebracht und gerade ich habe mit den höheren Parteinstanzen auf eine Versöhnung hingearbeitet, wozu ich Briefe als Beweis vorlegen kann. Dieser „künstlich konstruierte“ Konflikt geht also auf das Konto der Nürnberger, nicht auf das meine, schwerbelastete. Natürlich, wer durch seine Parteibrille jede laieste Kritik an irgend einer Handlung oder einem Beschluß der sozialistischen Partei als hämischen Angriff ansieht und jeden, der nicht in sein riva-revolutionäres Horn tutet, als Prinzipienverräter betrachtet, wird solche in der Zeitung finden, die nur dann nicht vorkommen würden, wenn man nur urteilslose Bewunderung auch vor jeder Handlung von dort hat. Wenn jetzt zum Beispiel die Gewerkschaftspresse Neuierungen einiger Parteizeitungen, die diese mit Bezug auf den Abschluß des Crimmitschauer Dramas in bewußter oder unbewußter falscher Schlußfolgerung machen, zurück-

weist, so würde das E. K. wiederum als Angriff auf die Partei ansehen und sich dreimal vor der Gemeinschaft mit solchen Verbrechen bekreuzigen. Und doch wäre das gar kein Angriff auf die Partei, sondern nur eine Zurückweisung unrichtiger Ansichten, die einige Zeitungen vertreten. Crimmitschau hat durchaus nicht den Beweis geliefert, daß im Grunde genommen die Gewerkschaften ohnmächtig sind und alles Heil nur von der politischen Partei zu erwarten ist. Solche Unrichtigkeiten zurückzuweisen, halte ich aber eventuell für eine Pflicht des Redakteurs eines Gewerkschaftsblattes. Im übrigen fühle ich mich hier an dieser Stelle durchaus nicht verpflichtet, ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis abzugeben, um diesen Vorwurf weiter zu entkräften, da ich das nicht als für meine Stellung erforderlich erachte. — Eine gleich große Unwahrheit ist der Vorwurf: „Mitarbeiter aus Mitgliederkreisen werden gar nicht mehr als voll angesehen“. Wer auch nur oberflächlich in unsere Zeitung hineinguckt, muß doch wohl das Gegenteil konstatieren. Die allgemeinen sozialpolitischen Artikel, die früher von Berufsjournalisten geschrieben wurden, sind mit der Zeit gänzlich ausgemerzt, soweit solche Stoffe für die Gewerkschaften von Interesse sind, behandle ich sie selbst. Sonst wird die Zeitung, mit ganz verschwindenden Ausnahmen, von Berufsjournalisten geschrieben, mit Arbeiten von Kollegen gefüllt und mit meinen Arbeiten. Ob die Zeitung dadurch auf ein besonders niedriges geistiges Niveau heruntergedrückt worden ist, wie E. K. so jart durchblicken läßt, werden noch andere Leute beurteilen, die mindestens eine gleiche geistige Beurteilungsfähigkeit dazu haben wie er. Allerdings, wenn alle solchen Federheben a la E. K. von mir erst mühten gestupft werden, wenn sie nach großen Aktionen, wie E. K. in Breslau ausführte, einen Beitrag für die Zeitung schreiben sollen, würde unsere Zeitung noch manche Lücke aufweisen. — E. K.s Darlegungen in der Breslauer Sache treffen trotz aller Chronik meine Ausführungen nicht und in der Leipziger Kartellabstimmung habe ich bereits berichtet, was notwendig war; dazu wäre zwar trotzdem manches noch zu sagen, doch ich enthalte mich dessen, wie ich mir denn überhaupt zwangsweise Schluß auferlegen muß, obgleich jede einzelne Behauptung von mir gern widerlegt würde. Wenn aber jeder meiner Artikel ein solche Seeschlange von Artikeln nach sich ziehen würde, blieb für andere Sachen überhaupt kein Raum mehr. G. Sch.

Korrespondenzen.

Achtung! Preisvergoldert!

Die Sperre über die Firma **Schwerdtfeger & Co.**, Reinickendorferstraße 54b, wird hiermit aufgehoben.

Ortsverwaltung der Zahlstelle Berlin.

Zugzug ist strengstens zu halten nach Neu-Müppin, Straßburg i. E. und Breslau und nach den Firmen J. F. Dieckel und A. Blohorn, Offenbach a. M.

Über die Firmen Gulbe, Klette und Erdlen in Hamburg ist die Sperre verhängt. Zugzug von Pressern, Galanteriearbeitern und Buchbindern nach diesen Betrieben ist fernzuhalten.

Bei der Firma Becher in Metz sind Differenzen ausgebrochen, Zugzug ist fernzuhalten.

Arbeitsangebote nach Hagen i. W. und Dessau sind erst nach vorheriger Erkundigung beim Bevollmächtigten anzunehmen.

Fürth. Unsere am Montag, den 1. Februar stattgefundene öffentliche Versammlung war großartig besucht. Der kleine Saal im Saalbau, welcher zirka 300 Personen faßt, war vollständig besetzt, man kann wohl sagen, daß unsere Zahlstelle seit ihrem Bestehen noch niemals so eine Versammlung gehabt hat. Auf der Tagesordnung stand „Der Streit bei der Firma J. W. Spear & Söhne“; Referent: Verbandsvorsitzender A. Dietrich aus Stuttgart. Einleitend gab Redner einen kurzen Überblick über die wirtschaftlichen Kämpfe im allgemeinen. Sodann schilderte er die Ursachen, welche zum Streit bei der Firma J. W. Spear & Söhne führten. Die Vergolder bei der Firma wurden schon längere Zeit mit Abzügen bedacht; doch ihre Geduld ging zu Ende, als ihnen Abzüge von 20 bis 45 Prozent gemacht wurden. Als alles Vorstelligwerden nichts half, reichte das gesamte Personal in der Vergolderei seine Kündigung ein. Die Folge davon war, daß unser Gauvorsitzender Neckling sowie Kollege Kunze gemäßigter wurden. Eine Kommission, welche bei Herrn Spear vorstellig wurde, erreichte zwar, daß die Abzüge

der Vergolder zurückgezogen wurden, aber von einer Weiterbeschäftigung der beiden Kollegen wollte die Firma nichts wissen. Als alle Bemühungen, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zum Abschluß zu bringen, an der Hartnäckigkeit der Firmeneinhaber scheiterten, faßte das gesamte Personal der Firma, einschließend der im Magazin Beschäftigten, in einer Fabrikversammlung den Beschluß, am Montag den 1. Februar die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, außerdem aber folgende Forderungen aufzustellen:

Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden täglich, so daß in der Woche 56 1/2 Stunden gearbeitet wird. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf keine Lohnverminderung bringen. Bezahlung der hauptsächlichsten Feiertage, die auf Wochentage fallen, an die Wochenlohnarbeiter. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Der Kommission, welche bisher die Verhandlungen mit der Firma geführt, schloß sich unser Verbandsvorsitzender an, um am Montag vormittag mit der Firma möglichst eine Verständigung herbeizuführen. Den Forderungen gegenüber verhielten sich die beiden Herren Spear nicht ablehnend, sie meinten jedoch, als Mitglied der Fabrikantenvereinigung müßten sie ihrem Vereinsstatut entsprechend die Zustimmung der anderen Herren einholen. So steht die Angelegenheit momentan. Es gilt nun abzuwarten, was für eine Antwort kommt. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Dietrich die Streikenden auf, fest zusammenzuhalten. Denn nur durch Ausdauer im Kampfe können Siege erfochten werden. Von 102 bei der Firma J. W. Spear & Söhne beschäftigten Personen sind ganze 11, einschließend des Wermeisters und des Maschinisten, welche die Arbeit nicht niederlegten. Die Genossen Schubert und Leutemann vom Transportarbeiterverband forderten ebenfalls ihre beim Streik beteiligten Kollegen und Kolleginnen auf, im Kampfe auszuharren. E. Föllner schilderte eingehend die Arbeitsverhältnisse in den übrigen Werkstätten und forderte die dort Beschäftigten auf, sich an den Spearschen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Beispiel zu nehmen, sich samt und sonders dem Verband anzuschließen, um dadurch auch für sich bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Dürr führte aus, daß es wohl keinen besseren Agitator für unseren Verband gebe als Herrn Wilhelm Spear selbst.

Fehse überbringt im Namen der Zahlstelle Erlangen den Streikenden die besten Glückwünsche und wünscht ihnen einen vollstündigen Sieg. Nachdem Dietrich in seinem Schlußwort die Anwesenden aufgefordert, treu zur Organisation zu halten, wurde die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

München. Unsere Generalversammlung, die gut besucht war, fand am 30. Januar statt. König erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse bilanzieren mit 1689,70 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 1841,94 Mk., die Ausgaben 519,75 Mk. An Unterstützungen wurden im ganzen Jahre ausbezahlt: An Arbeitslose für 1765 Tage 1370,20 Mk., davon für weibliche Mitglieder für 175 Tage 92 Mk. An Lokalunterstützungen wurden 82,50 Mk. an Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte bewilligt, 62 Mk. wurden für außerordentliche Unterstützungen an kranke Kolleginnen bezahlt, die Verwaltung ließ sich hierbei von dem Grundsatz leiten, daß die weiblichen Mitglieder sehr selten die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen, und eine derartige Unterstützung agitatorisch unter den Kolleginnen wirkt, wie aus der Mitgliederbewegung ersichtlich ist. An Streikunterstützungen wurden ausgegeben für die Schuhmacher in Birnmasens 50 Mk., Glasmacher in Wolfratshausen 23,24 Mk., für Crimmitschau 100 Mk., auf Sammellisten gingen für Crimmitschau 170,80 Mk. ein, außerdem wurde in verschiedenen Geschäften noch ein hübsches Sümmchen aufgebracht, welches nicht durch unsere Zahlstelle verrechnet ist. Gemäßigtenunterstützung wurde einem Kollegen 20 Mk. bezahlt. Im ganzen wurden auf Rechnung der Verbandskasse 1390,20 Mk., auf Rechnung der Lokalkasse 489,54 Mk. an Unterstützungen geleistet. Im Berichtsjahre fanden 29 Sitzungen, 18 Mitglieder- und 4 Generalversammlungen statt. In den Versammlungen wurden

7 Vorträge gehalten, einer mußte bedauerlicherweise wegen schwachen Besuchs unterbleiben. Referenten waren zwei Doktoren, ein Kollege und vier Vorträge wurden vom Arbeiter- beziehungsweise Gewerkschaftssekretär und einem anderen Genossen gehalten. Drei Vorträge waren gewerkschaftlich, zwei behandelten ärztliche Temas und zwei wissenschaftliche. Der Besuch der Versammlungen war teilweise sehr gut, einige Versammlungen waren schlecht besucht. Zu Anfang des Berichtsjahres waren 237 männliche und 155 weibliche = 392 Mitglieder zu verzeichnen, am Schlusse 244 männliche und 218 weibliche = 462 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 70 Mitgliedern, wovon auf die männlichen Mitglieder nicht einmal der siebte Teil kommt. Es ist dies eine für die männlichen Mitglieder beschämende Tatsache, und müssen wir die Erwartung aussprechen, daß in Zukunft doch etwas mehr in den Werkstuben agitiert wird, damit wir im nächsten Jahre eine größere Zunahme der männlichen Mitglieder konstatieren können. An weiblichen Mitgliedern ist eine Zunahme von 63 zu verzeichnen, was wohl auf die außerordentliche Unterstützung zurückgeführt werden darf. Auch der Agitation von der Lohnkommission ist ein großer Teil des Zuwachses zuzuschreiben, waren doch in letzter Zeit in der Werkstubenversammlungen circa 40 Aufnahmen weiblicher Mitglieder zu verzeichnen. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß der Organisationsgedanken unter den Kolleginnen in viel höherem Maße Platz gegriffen hat, als unter den Kollegen. Die Zahl der Austritte ist bei den Kolleginnen höher, als bei den Kollegen, doch darf dies nicht verwundern, da ja die Kolleginnen oft wegen kleinlicher Differenzen dem Verbande den Rücken kehren, um in 14 Tagen oder 4 Wochen wieder beizutreten. Hier ist ein großes Arbeitsfeld für die neue Verwaltung und wird es sich dieselbe angelegen sein lassen, speziell für die Kolleginnen, Veranstaltungen zu treffen, um diesen den Wert der Organisation beizubringen, dazu benötigen wir aber die Mithilfe der Vertrauensleute. Im Berichtsjahr sind folgende wichtige Vorkommnisse wert, sie nochmals an dieser Stelle zu vermerken: In einer Versammlung nahm unsere Zahlstelle Stellung zu dem aktuellen Thema „Krankenkasse und Verband“ und wurde in einer Resolution der Verschmelzung prinzipiell zugestimmt, und der Verbandsvorstand ersucht, weitere Schritte in der Sache zu unternehmen.

Die Frage einer eventuellen Verlegung des Lokals wurde in einer Versammlung erörtert, jedoch nachdem der Wirt die bestehenden Mißstände zu beseitigen versprach, was nach Möglichkeit geschah, beschloß das Vereinslokal beizubehalten. In der Hofbuchdruckerei Meyer wurden zwei Kollegen gemäßigert, ein Artikel, der die Sache in der „Münchener Post“ behandelte, veranlaßte den Werkführer Speyer, dem Vorstande einen Brief zu schreiben, in welchem er die beiden Kollegen als Heizer und Verleumder hinstellte; die dortigen Kollegen und Kolleginnen getrauten sich jedoch nicht, gegen das Vorgehen Speyers zu protestieren. Ein Antrag, für den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei zur Reichstagswahl eine kleine Summe zu bewilligen, wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß dadurch die Neutralität verletzt würde. Über die vom Verbandsvorstande ausgedruckte Extraktur wurde in einer Versammlung nach einem vorzüglichen Referat des Gewerkschaftssekretärs Jakobson debattiert und gegen zwei Stimmen der Extraktur zugestimmt. In einer Versammlung berichtete Binner über die Gau- und Ortsvorsteherkonferenz in Berlin, und wurde über eine Tarifbewegung für München debattiert. Der Arbeitsnachweis, welcher in Händen des Kollegen Dittrich war, wurde einer unliebsamen Differenz eines klatschüchtigen, jetzt ausgeschlossenen Mitgliedes mit Kollegen Dittrich wegen, von demselben wieder zurückgegeben, und befindet sich derselbe wieder seit einem halben Jahre im Vereinslokal. Die Frage der Einführung einer Lokalunterstützung beziehungsweise Zuschußkasse wurde im Vorstande des öfteren beraten, als derselbe jedoch die Sache dem Plenum vorlegen wollte, kam die Extraktur, welche unser Projekt zu nichte machte; hoffen wir, daß der Verbandstag weitere Unterstützungswege einführt. Zu verschiedenen Anträgen des Gewerkschaftsvereins wurde in mehreren Versammlungen

Stellung genommen, so zum Beispiel zu der Frage des Arbeitervertretervereins, bis heute kam jedoch nicht berichtet werden, wie die Neuorganisation funktioniert.

Über die Zustände in tariflicher Hinsicht in München wurde in einer stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung gesprochen und beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten, über deren Verlauf weiter unten berichtet wird. Im Laufe der Bewegung wurde die Entdeckung gemacht, daß es auch in München Buchbinder gibt, die wohl das Bedürfnis haben, sich zu organisieren, jedoch nur den Weg zur Uneinigkeit einschlugen, indem sie sich der christlichen Gewerkschaft angeschlossen. Die christliche Organisation mag ganz ihre Berechtigung haben, aber in Berufsn, wo schon eine starke Gewerkschaft, welche volle Neutralität übt, besteht, führt es nicht zur Einigkeit, wenn zwei Organisationen bestehen. Ein Kollege hält es nicht für notwendig, unserer Organisation beizutreten, sondern dem Kirch-Druckerschen Gewerkschein, welcher auch in München versucht, seine Fühlhörner auszustrecken. Hoffen wir, daß die betreffenden Kollegen durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden, unsern Verband beizutreten. Die letzte Arbeit des alten Ausschusses war eine sehr gute Wohltat für die reisenden Kollegen. Es wurde nämlich seitens des Ausschusses der Versammlung die Erhöhung der Lokalunterstützung empfohlen, was einstimmig genehmigt wurde. Diefelbe beträgt vom 1. Januar d. J. ab für Nichtbezugsberechtigte 50 Pf. und eine Schlafmarkte, für Ausgesteuerte 1 Mk. nebst Schlafmarkte, gegen 30 Pf. nebst Schlafmarkte früher. Auch bei der Wahl der Generalversammlungsvertreter zur zentralisierten Ortskrankenkasse hat der Vorstand sein Möglichstes gethan. Von unserer Gewerkschaft fungierten 7 Kollegen als Vertreter, 3 als Stellvertreter. Die wichtigsten Arbeiten des Vorstandes, welche hier erörtert sind, zeigen, welche rege Tätigkeit im Berichtsjahr derselbe entwickelt hat. Wenn nicht alles nach dem Wunsche der Mitglieder ging, so tragen dieselben in erster Linie die Schuld daran, da sie es an der nötigen Mitarbeit fehlen ließen. Viel Arbeit ist im neuen Jahre zu leisten, um in München endlich einmal durch die Macht der Organisation den Herren Prinzipalen zu zeigen, daß es uns ernst ist mit Bildung einer Tarifgemeinschaft. „Durch Kampf zum Sieg!“ ist unsere Losung.

Der Bericht des Arbeitsnachweises konnte nicht gegeben werden, was Schumacher veranlaßte, seiner Verwunderung darüber Ausdruck zu geben; der Bericht wird in der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Nach dem Bericht des Bibliothekars war die Bibliothek an 45 Samstagen geöffnet, ausgeliehen wurden 286 Bücher. Die Bibliothek weist einen Kassenbestand von 36,13 Mk. auf. Zu erwähnen ist ferner, daß der Bibliothekar darüber Klage führt, daß Kollegen, welche Bücher sechs bis acht Wochen haben, dieselben einfach an der Schenke abgeben, um dadurch das Strafgeld zu ersparen, in dieser Beziehung wird in Zukunft ganz energisch vorgegangen werden. Der Bericht des Gauvorstandes wird an anderer Stelle ausführlich gegeben werden, weshalb hier nur erwähnt sein mag, daß der Gauvorstand in der Person des Kollegen Schumacher es verstanden hat, die Nachlässigkeit seines Vorgängers in vollstem Maße wieder gut zu machen. Dem Bericht der Lohnkommission ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahre 27 Kommissions-, 6 Vertrauensmänner-, 22 Werkstuben-, 17 Bezirks- und 2 öffentliche Versammlungen stattgefunden haben. Der Besuch der Werkstubenversammlungen war in den meisten Fällen sehr schlecht, die Kollegen und Kolleginnen zeigten nicht das mindeste Interesse an der Bewegung, weshalb auch ein negatives Resultat zu verzeichnen ist. Die Kommission versuchte es nach Möglichkeit, die Mitglieder anzueifern, auch in München gesunde Lohn- und Tarifverhältnisse zu schaffen, jedoch alle Arbeit war umsonst. Es wurde, nachdem auf unser erstes Zirkular von den Meistern keine Antwort einging, an die Buchbinderinnung und Rohstoffgenossenschaft geschrieben, sie möchten sich darüber äußern, wie sie sich zur Tarifgemeinschaft stellen. Wieder keine Antwort. In letzter Zeit wurde nun die Lohnkommission beim Obermeister der Buchbinderinnung Herrn Maiss vorstellig, um seine Ansicht zu hören, derselbe sagte der Kommission, daß die Meister prinzipiell nicht abgeneigt wären, mit uns über die

Tarifgemeinschaft zu beraten und versprach anfangs Februar eine gemeinschaftliche Sitzung mit uns herbeizuführen. Sorgen wir dafür, daß unsere Organisation immer mehr erstarkt, dann werden die Herren Meister gezwungen sein, unsere Forderung auf Bildung einer Tarifgemeinschaft zu erfüllen. Als Abschluß der Berichte wurde noch die Abrechnung von der Silvesterfeier gegeben, wobei ein Überschuß von 75,50 Mk. erzielt wurde, was ein allseitiges Bravo hervorrief.

Hierauf wurde der heikelste Punkt des Abends vorgenommen, welcher 2 1/2 Stunden in Anspruch nahm, nämlich: die Neuwahl der Ortsverwaltung und der Lohnkommission. Es stellte sich hierbei heraus, daß kein einziger der vorgeschlagenen Kollegen den Posten eines ersten Vorsitzenden annehmen wollte. Binner erklärte, daß es ihm unmöglich ist, den Posten als erster Vorsitzender weiter zu führen, schließlich ging Faust mit großer Majorität als gewählt hervor, derselbe erklärte jedoch, unter keinen Umständen eine Wahl anzunehmen. Die Wahlkommission sah sich deshalb veranlaßt, an Binner das Ersuchen zu richten, den Posten wenigstens solange weiter zu führen, bis sich ein geeigneter Kollege dazu findet. Binner erklärte, um dem grausamen Spiele ein Ende zu machen, sich dazu bereit. Es ist gewiß sehr bedauerlich, wenn in einer Zahlstelle wie München nicht einmal ein Vorsitzender gefunden werden kann. Als zweiter Vorsitzender wurde Thalheim, als Kassierer König, als erster Schriftführer Mayer, als zweiter Kraus gewählt, als Revisoren Krattan und Schrader, als Beisitzer Kollegin Thurmeier und Kollege Mößl, als Bibliothekar Rauchensteiner, welchem ein Ersatzmann in der Person des Koll. Kitzinger beigegeben wurde. Der Gauvorstand wurde wiedergewählt, und besteht aus den Koll. Schumacher, Bauer und Pohnert. Der neue Vorstand besteht somit aus 3, resp. 4 neuen Mitgliedern. Zur Wahl der Lohnkommission lag ein Antrag vor, dieselbe auf 5 Mitglieder zu erhöhen (bisher 3), und bei Gelegenheit ein weiteres Mitglied zuzuziehen, was einstimmig angenommen wurde. Ein weiterer Antrag, in die Lohnkommission auch 2 Kolleginnen zu wählen, wurde ebenfalls angenommen. Als gewählt gingen Bauer, Kattan und Mayer, welche die Kommission bisher bildeten, hervor, ferner Keppeler (Präger), sowie Kollegin Wurzelbauer. Dem alten Vorstand wurde durch Erheben von den Eiden der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen. Dem Kassierer wurden 50 Mk. als jährliche Entschädigung bewilligt. Ein Antrag, dem Kollegen Binner, welcher schon lange Zeit arbeitslos ist (die Versammlung war der Überzeugung, daß hier indirekte Maßregelung vorliegt, was durch Vorführung von Material bekräftigt wurde), für das verfloffene Geschäftsjahr eine Entschädigung von 50 Mk. zu bewilligen, rief eine rege Debatte hervor, in welcher verschiedene Anträge gestellt wurden. Die Entschädigung von 50 Mk. wurde einstimmig bewilligt. Ferner beschloß die Versammlung, beim Verbandsvorstand auf vorläufig 4 Wochen genehmigte Gemäßigertenunterstützung so lange zu gewähren, wie Binner arbeitslos ist. Für die Grimmitschauer Weber nochmals Sammellisten auszugeben wurde beschloffen.

Kollegen und Kolleginnen! Vorstehender Bericht zeigt, welche rege Tätigkeit der Vorstand im verfloffenen Jahre entfaltet hat, arbeitet im neuen Jahre rüstig mit am Bau der Feste des Verbandes, damit es ein Jahr der Ernte wird; nachdem verschiedene Jahre der Saat verfloffen.

Mannheim. Am Samstag den 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des verstorbenen Kollegen Diemer in üblicher Weise gedacht. — Aus dem Geschäftsbericht war die erfreuliche Tatsache zu ersehen, daß der Mitgliederbestand von 41 auf 75 gestiegen war. Ferner fanden im Jahre 1 öffentliche, 3 General- und 3 außerordentliche Generalversammlungen, sowie 21 Mitgliederversammlungen statt. Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse bilanzierten mit 275,13 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 80,54 Mk., die Ausgaben 70,05 Mk., bleibt Bestand 10 Mk. In den Vorstand wurden gewählt: Rügner als Vorsitzender, Emil Fischer als Kassierer, Weber als Schriftführer, Feist und Wolfer als Beisitzer, Wagner und Lipfert als Revisoren, Hepp und Rügner als Kartell-

delegierte, Fallmann als Unterfasserer. Die Wahl eines Vertrauensmannes für Ludwigshafen mußte vertagt werden, weil von Ludwigshafen nur drei Kollegen anwesend waren. Den Delegiertenbericht erstattete Hepp. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Über den Bericht der Herbergskommission entspann sich eine lebhafteste Debatte. Nach Besprechung örtlicher Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Leipzig. Am 22. Januar hielt der Fachverein seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht, der den Mitgliedern gedruckt vorliegt, sei folgendes hervorgehoben. Der Mitgliederbestand hat sich von 628 auf 720 Mitglieder gehoben. Bei einer Einnahme von 3985,62 Mk. und einer Ausgabe von 2288,55 Mk. belief sich der Überschuss auf 1697,07 Mk. und beträgt das Vereinsvermögen jetzt 13291,84 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden 1903 998 Mk. gezahlt. Die Bibliothek, die im vergangenen Jahre um 205 Bücher vermehrt wurde und jetzt 1100 Bände zählt, erfreute sich einer überaus fleißigen Benutzung, wurden doch 3042 Bände ausgeliehen, während die Frequenz 1902 nur 1452 Bände betrug.

Auf Anregung der letzten außerordentlichen Generalversammlung legte der Vorstand einen Entwurf zur Einführung einer Umzugsunterstützung vor. Nach einer lebhaften Debatte, in der sich die meisten Redner für denselben erklärten, wurde dieser angenommen. Es kann demnach an verheiratete männliche Mitglieder unter Berücksichtigung der verschiedenen Umstände eine Umzugsunterstützung bis zu 30 Mk. gewährt werden. Den ledigen männlichen, sowie weiblichen Mitgliedern kann unter denselben Berücksichtigungen eine Reiseunterstützung bis zur gleichen Höhe gewährt werden.

Bei der hieran sich schließenden Vorstandswahl wurde der bis jetzt amtierende Vorstand wiedergewählt, und an Stelle von zwei ausscheidenden Beisitzern wurden Pfäze und Thörner gewählt.

Nachdem beschlossen wurde, für die Opfer der Aussperrung in Grimnitzau nochmals eine Liste auszugeben, und Schaeble die Kollegen ermahnte, in der bevorstehenden Schulbuchsaison ja auf tarifliche Preise zu halten, weil die Schulbuch-Ausnahmepreise aus dem Tarif ausgemerzt sind, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Dresden. Sonnabend den 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem Bericht des Bevollmächtigten ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 42, die der weiblichen um 61 gestiegen, so daß am Ende des 4. Quartals 245 männliche und 150 weibliche, zusammen 395 Mitglieder zu verzeichnen sind. Versammlungen fanden im 1. Quartal fünf statt, in drei derselben wurden Vorträge gehalten, und zwar sprachen am 3. Oktober Professor Dr. Schlosmann über „Tuberkulose“, am 7. November Genosse Düvell über „Die Bildungsmittel des Proletariats“ und am 21. November Genosse Drescher über „Neue Momente im Gewerkschaftsleben“; außerdem fand am 25. Oktober eine Wanderversammlung in Niederselbitz statt. Am 15. November wurde von uns die Neuanlage des Konsumvereins besichtigt, am 26. Dezember fand unsere Weihnachtsfeier statt.

Den Kassenbericht gab Legler. Die Einnahmen für die Verbandskasse betragen 1156,60 Mk., an die Hauptkasse abgeführt 700 Mk., für Arbeitslosenunterstützung wurden 124,35 Mk. ausbezahlt. Die Bibliothek umfaßt einen Bestand von 165 Bänden. Den Arbeitsnachweisbericht erstattete Bohr.

Einen Bericht von dem gewerkschaftlichen Leben Dresdens pro 1903 gab der Delegierte vom Gewerkschaftskartell, Kollege Fennrich.

Nachdem erfolgte die Wahl der örtlichen Verwaltung. Es wurden Valentin Kohl als Bevollmächtigter, Oskar Legler als Kassierer, Fennrich und Neuhäuser als Revisoren, Eiskner als Bibliothekar, Fennrich und Oskar Kohl als Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt.

Der Bevollmächtigte ziferte die Kollegen an, die 70 neu gewonnenen Mitglieder mögen ihnen ein Ansporn sein, noch mehr Mitglieder unserer Zahlstelle zuzuführen, während der Kassierer Legler die sämigen Kollegen ermahnte, in der Beitragsleistung sich an den Kollegen ein Beispiel zu nehmen, da dieselben fast keine Reste haben.

Annaberg-Buchholz. Am Sonnabend den 23. Januar abends 9 Uhr machten sich mehrere

Kollegen nach dem eine Stunde entfernten Wiesa auf, um dort mit Kollegen, die aber in Annaberg arbeiten, nach vorheriger Abmachung zusammenzutreffen. Zweck dieser Zusammenkunft sollte Aufklärung über Ziele, Nutzen und Wert des Verbandes und die Schaffung einer Organisation sein. Durch einen mit den dortigen Verhältnissen vertrauten hiesigen Kollegen war genügend für Bekanntheit unseres Besuchs gesorgt. Vergnügt wanderten wir sieben Verbänder in die schöne Winternacht hinaus und freuten uns schon im voraus im Geiste auf die vollzählig versammelten Wiesaer Kollegen. Aber mit des Geschickes Mächten ist kein Bund zu schließen. Bei unserer Ankunft fanden wir am Eingang 5 Kollegen postiert im großen, hell erleuchteten und schön erwärmten Zimmer aber leider keinen Wiesaer. Wir warteten und warteten, niemand kam, auch die Posten im Hausflur waren verschwunden. Uns schwall der Kamm über die Hinterlist und Falschheit, war es doch versprochen, daß sie alle kommen wollten. Zur selben Zeit, wo wir nicht gerade vernünftige Gesichter machten, kam der achte Kollege allein von Annaberg nach dem Lokal. Der brachte Humor mit. Es war der 1844 geborene Gotthold, der im Stechgut Bekanntheit mit dem Hofsund gemacht hatte. Weg war der Ärger und der Humor trat in sein Recht; gar bald waren wir die lustigste Gesellschaft. Um halb 12 Uhr traten wir den Rückweg an, wobei sich zeigte, daß unser Gotthold schwankende Bewegungen machte. Im Annaberger Vereinslokal war er jedoch wieder so kräftig, daß er dem Bock die Stirn bot und einige Gläser Bockbier sich einverleibte. — Das war eine Landagitation, zu der wir es jedem Verbandskollegen überlassen, sich ein Bild zu machen.

Anders war es am 29. Januar, wo wir wieder eine Zusammenkunft mit Arbeitern derjenigen Fabrik hatten, von welcher ich schon früher berichtete. Nachdem auch hier wieder über den Wert des Verbandes genügend gesprochen, hatten sich die drei anwesenden Nichtorganisierten zum Beitritt bereit erklärt; es steht in sicherer Aussicht, daß fast alle Arbeiter betreffender Fabrik in die Organisation kommen. Der Arbeiter Wunsch ist es, in diesem Jahre etwas Ordnung in die Arbeitsverhältnisse dieser Fabrik zu bringen. Obwohl es schwer fällt, manchen Kollegen zum Nachdenken zu bringen, dämmert es aber doch schon gewaltig. Es geht vorwärts! Jetzt sind wir stark in die 70 Mitglieder, und das will für eine Zahlstelle im Erzgebirge schon etwas heißen. Unermüdet werden wir arbeiten, damit uns die nächste Zeit wieder Erfolge bringt.

Gotha. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Dem Bericht des Kassierers zufolge verblieben am Schlusse des vierten Quartals in der Lokalkasse 15,89 Mk., 20,16 Mk. wurden von der Verbandskasse am Orte gehalten. Die Vorstandswahl ergab: Vorsitzender: Kummer, Kassierer: Frank, Schriftführer und Revisor: Herrmann, zweiter Revisor: Bergl, und stellvertretender Vorsitzender: Stoll. Die Mitgliederzahl ist auf elf verblieben. Kummer sprach seine Freude über die gutbesuchte Versammlung aus und wünscht, daß jede Versammlung so gut besucht würde.

Ruhla. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Aus dem vom Vorsitzenden gegebenen Geschäftsbericht geht hervor, daß im vergangenen Jahre 9 Mitglieder und 4 Generalversammlungen, sowie 1 Vertrauensmännerversammlung stattfanden. Die Mitgliederzahl betrug zum Jahresanfang 19, am Schlusse 15. Der Rückgang der Mitgliederzahl entstand durch den Wechsel der Arbeitsstellen. Sämtliche Versammlungen waren stets gut besucht. Dem Kassenbericht, den Schäfer gab, ist zu entnehmen, daß 43,39 Mk. an die Verbandskasse gesandt wurden, während der Lokalkasse 89,63 Mk. verblieben. Die hierauf folgende Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Storch erster, Rittel zweiter Vorsitzender, Kassierer und Unterstützungsanzahler Schäfer, Schriftführer Thiel, Revisoren Kuhnle und Hopf.

Zeitz. Am Sonnabend den 23. Januar wurde unsere von fast sämtlichen Mitgliedern besuchte Generalversammlung abgehalten, nur zwei waren durch Krankheit am Erscheinen gehindert. Dem Geschäftsbericht, von Kössner gegeben, entnehmen

wir, daß im verfloffenen Jahre 23 Versammlungen und 2 Extraversammlungen abgehalten wurden. Dieselben waren durchweg gut besucht, die schwächste mit 10 und die stärkste mit 24 Mitgliedern. Obwohl unsere Zahlstelle eine der kleinsten mit ist, so hatten wir doch im vergangenen Jahre einen starken Wechsel zu verzeichnen, immerhin zählen wir heute 22 Mitglieder. Nach dem Bericht unseres Kassierers Hehl betragen die Einnahmen 95,35 Mk., an die Verbandskasse abgeandt 76,75 Mk. Der Bestand der Lokalkasse betrug 35,60 Mk. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden Claasen als erster, Steinbrecher als zweiter Vorsitzender, Hehl als Kassierer, Jacobi als Schriftführer, Kössner und Felber als Beisitzer gewählt, wovon die beiden letzteren zugleich auch als Kartelldelegierte gelten. Mit dem Wunsche, wie bisher auch ferner so zu arbeiten zum Wohle des Ganzen, wurde die Versammlung geschlossen.

Solingen-Wald. Am Samstag den 23. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Bei der Erstattung des Geschäftsberichts bemerkte der Vorsitzende Bruns, er sei diesmal in der Lage, einen sehr erfreulichen Bericht geben zu können, 53 Mitglieder zählte die Zahlstelle, die höchste Zahl, welche wir je erreicht haben. Es sei nun Aufgabe der Kollegen, dahin zu wirken, daß diese Mitglieder dem Verband auch erhalten bleiben, und ferner dahin zu arbeiten, daß sämtliche Kollegen hier am Orte organisiert sind.

Nach dem Kassenbericht, den Böhm gab, hatte die Verbandskasse eine Einnahme von 199,60 Mk., am Orte vom vorigen Quartal waren 26,71 Mk. behalten, in Summa also 226,31 Mk., davon Ausgaben 52,22 Mk., abgeandt nach Stuttgart 100 Mk., am Orte behalten 74,09 Mk.

Die Neuwahl des Vorstandes ging nicht besonders glatt von statten, viele der zu Ämtern vorgeschlagenen Kollegen lehnten ab, es kam hierbei zu ziemlich erregten Debatten. Schließlich wurden Bruns als erster, Rankers als zweiter Vorsitzender, Böhm als Kassierer, Messerschmidt als Schriftführer, Schalthöfer als Zeitungsexpedient, Küll als Bibliothekar, Weichelt und Rattenbusch als Kartelldelegierte, Beschäfer und Warshaw als Revisoren, Werth als Vertrauensmann für Wald gewählt.

Berlin. Die Generalversammlung vom 26. Januar ehrte das Andenken der verstorbenen Mitglieder Graß, Herms und Keil in üblicher Weise. Sodann wurde mitgeteilt, daß die Firma Standtke & Polensky als gesperrt gilt. Die nachträgliche Sanktionierung eines Beschlusses der Ortsverwaltung, betreffs der Übermittlung von 100 Mk. für die streikenden Töpfer, wurde genehmigt.

Aus dem von Brückner gegebenen Jahresbericht der Ortsverwaltung und Vertrauenspersonen für 1903 (derselbe lag gedruckt vor) ist vom letzten Quartal zu erwähnen, daß 11 Vorstandssitzungen stattfanden. In einer Verhandlung mit der Firma Mosse wurde erst nichts erreicht, nach einmündiger Arbeitseinstellung jedoch die Ansprüche der Arbeiter als berechtigt anerkannt. Bei Paß & Garleb wurde zwei gemäßigten Kollegen die Ersteinstellung zugesagt, bei Haafenstein & Vogler wurde eine Arbeitsniederlegung noch im letzten Moment behoben. Den bei Marshall (Lebergalanterie) beschäftigten Werkstattdarbeiter wurde zugemutet, Heimarbeit zu werden, bei der sehr schlechten Konjunktur konnte für die Arbeiter nichts erzielt werden. Erwähnt sei noch, daß die Dresdener Kartonfabrik die versuchsweise eingeführte 9 stündige Arbeitszeit nach 14 Tagen beibehalten zu wollen erklärte.

Der Mitgliederbestand ist von 3786 auf 4808 gestiegen und zwar nicht rückweise, sondern beständig in jedem Quartal. Es muß eines jeden Aufgabe sein, den Zustand zu erhalten und zu verbessern, auf daß der Prozentsatz der Organisierten sich erhöhe und mehr, und die gutorganisierte Branche der Kontobucharbeiter mit 80 Prozent weiblichen und 95 Prozent männlichen Mitgliedern solle allen ein Ansporn sein, es denen gleichzutun und ihnen nachzueifern im Interesse ihrer selbst und dem des Verbandes!

Die Einnahmen der Zentralkasse beliefen sich auf 54 488,47 Mk. (im vorigen Jahr 43 206,26 Mk.), die Ausgaben auf 51 218,78 Mk. An die Verbandskasse wurden gesandt 27 319,34 Mk. (17 550 Mk.). Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt 11 584,80 Mk.

(11 831,10 Mk.), Gemäßregeltemunterstützung 680,40 Mark (521,30 Mk.).

Die Vorkasse hatte eingenommen: 16 696,54 Mk., darunter von den Vergütungen 1467,68 Mk., ausgegeben wurden 10 700,89 Mk., Bestand 5995,65 Mk. Die außerordentliche Unterstützung Arbeitsloser betrug 1106,20 Mk. Der Extrafonds weist auf ein Einkommen: 16 695,09 Mk., an Ausgabe: 1384,35 Mk., bleibt Bestand 15 310,74 Mk. Der Vermögensbestand der Zahlstelle ist demnach 21 306,89 Mk.

Bytomski hält die wenn auch im Interesse der Organisation gut angelegten Ausgaben des Extrafonds für etwas hoch, wir müßten aber an die Durchführung unseres Tarifs und die eventuell uns bevorstehenden schweren Kämpfe denken, die schwieriger, sich immer mehr und schärfer zuspitzenden Verhältnisse sollten uns veranlassen, mit weiser Vorsicht über die Gelder zu verfügen, um gut gerüstet und ruhigen Blicks den Ereignissen entgegenzusehen zu können. Hoffen wir, daß sich der Bestand der Mitgliedschaft weiter hebt, aber mit ihm auch der Geist der gewerkschaftlichen Betätigung. Kalo bemängelt den Abzug der nachträglich erhobenen Maimarke bei der Weihnachtsgabe einzelner Arbeitsloser. Hanke wendet sich gegen die Ausgaben der Delegation der Ortsverwaltung nach Leipzig und Hannover. Die Regelung weiterer Unterstützungszweige selbst bei Erhöhung der Beiträge sei Aufgabe des nächsten Verbandstages; die Ortsverwaltung solle das hiesige Unterstützungsweesen mehr ausbauen. Bytomski entgegnet, daß laut Versammlungsbeschluß nur diejenigen lokale Unterstützungen zustehen, die ihren Verpflichtungen ganz nachgekommen sind. Diesmal habe er noch einigen langjährigen Mitgliedern unter Abzug der Maimarke die Vergünstigung zugestanden, doch würde er in weiteren Fällen keine Ausnahme mehr machen und wer unsere Beschlüsse nicht respektiere, habe es dann selbst zu büßen. Die Ausstellungen Dankes seien schon früher erledigt und genehmigt worden. Frau Kschemin fragt an, was mit dem Bannerfonds, an dem sich früher die Kolleginnen stark beteiligt hätten, geschehen solle, ob die Sammlung fortgeführt oder das Geld anderweitig verwendet werden solle. Brückner rät, eine Versammlung der Geberinnen einzuberufen, um deren Meinung zu hören. Hanke schlägt vor, den 13 Wochen lang Arbeitslosen 3 Mk. Zuschuß davon zu gewähren.

Im Nachweis waren arbeitslos gemeldet im verfloffenen Jahre 4324 Personen, offene Stellen gemeldet 412, besetzt wurden 2973. Ein Vergleich mit dem früheren Nachweis ergibt durchweg eine steigende Frequenz. Bytomski bringt die öfter erwähnten Schädigungen des Nachweises durch einzelne Kollegen zur Sprache und kündigt für die nächste Generalversammlung dahingehende Änderungen und Verbesserungen an.

Die Bibliothekskommission hatte vereinnahmt 302,35 Mk., ausgegeben 242,65 Mk.; der Bücherbestand beträgt 1123 Bände. Benützt wurde die Bibliothek von 1851 männlichen und 917 weiblichen Mitgliedern.

Über die Festsetzung der Mitgliederzahl zur Ortsverwaltung unterbreitet Bergmann der Versammlung einen Antrag der kombinierten Sitzung, welche 11 Personen für genügend erachtet. Doch müßten sich nur Personen wählen lassen, die Lust und Liebe zur Sache haben und der Organisation vollständig zur Verfügung stehen. Es habe sich herausgestellt, daß bei Überweisung der Vergütungen die früher auf 13 Personen erhöhte Zahl der Ortsverwaltung nicht zulange, da man stets dabei Hilfskräfte in Anspruch nehmen müsse. Zur sonstigen Erledigung der Geschäfte seien 11 Personen ausreichend, wenn jeder so arbeite, wie es erforderlich wäre. Krause beantragt, für die Ortsverwaltung 9 und eine Vergütungskommission von 7 Personen zu wählen. Wilhelm wendet sich nach den früheren Erfahrungen gegen den letzteren Vorschlag. Brückner hält es nicht für ratsam, die Vergütungen nicht vom Vorstande arrangieren zu lassen. Sämtliche Anerbieten von den Gastwirten usw. gehen an den Vorstand, zwischen beiden Korporationen müßten die Beschlüsse ausgetauscht werden, das gebe viel Scherereien. Die viel Zeit wegnehmenden persönlichen Streitigkeiten müßten nicht im Vorstand, sondern in den Branchen erledigt werden, und die dadurch ermöglichte bessere Erledigung wichtigerer Geschäfte läge in unserem gesamteten Interesse.

Hanke will den beiden Beamten wohl einen Sitz, jedoch keine Stimme im Vorstand einräumen. Die Mitgliederzahl für die Ortsverwaltung wird gegen wenige Stimmen auf 11 Personen festgesetzt.

Die Entschädigung der Verwaltungspersonen bei der jetzt üblichen Pauschale von 40 Mk. pro Quartal hält Klar für eine ganz ungenügende. Der von der kombinierten Sitzung gefasste Beschluß gehe dahin, dem ersten Bevollmächtigten pro Quartal 20 Mk., den anderen Mitgliedern der Ortsverwaltung 5 Mk. und denselben pro Sitzung 50 Pf. zu bewilligen, außerdem den Revisoren und dem Obmann der Bibliothekskommission pro Quartal 5 Mk. Klar begründet diese Anträge mit dem zunehmenden Umfang der Geschäfte, die Vorstandsmitglieder müssen auch an Branchen- und Delegiertenkongressen teilnehmen. Wir verlangen von diesen eine Tätigkeit, wir wollen aber nicht verlangen, daß sie alles aus ihrer Tasche zahlen, denn sie müssen trotzdem noch Opfer an Zeit und Geld bringen. Es soll aber nicht nur einzelnen gutgestellt, sondern jedem Kollegen möglich sein, diese Ehrenposten zu bekleiden. Gehhardt beantragt, lediglich dem 1. Bevollmächtigten pro Quartal 5 Mk. zu gewähren. Auch unsere Branchenvertrauensleute opfern eine ganz ungeheure Zeit und diese Mehrforderung wäre eine ganz bedeutende. Sollte jede Arbeit bezahlt werden, müßten auch die Werkstubevertrauensleute berücksichtigt werden. Schabe und Schiller sprechen sich für die gestellten Anträge aus, es äußern sich noch Schmidt und Paul Hoffmann. Die Anträge der kombinierten Sitzung werden mit großer Majorität angenommen. Für den Antrag, den Revisoren 5 Mk. zu bewilligen, werden 191 gegen 108 Stimmen abgegeben.

Die Neuwahl ergibt folgendes Resultat: Erster Bevollmächtigter Brückner, gegen 5 Stimmen, zweiter Hannack, erster Schriftführer Klar, zweiter Schriftführer Heibredner. Beisitzer Düsing, Fr. Lorber, Golser, Gutknecht und Ramlow. Zu Revisoren werden wiedergewählt Arbeitlang und Gehhardt, in die Bibliothekskommission Fr. Koppchel, Paul Hoffmann, Schmidt, Beckler. Zu Hilfskassierern werden bestimmt Dreher, Kurt Kent, Jäckel, Pollack, Weimann.

Die Abrechnung vom Projektionsabend ergibt einen Reingewinn von 341 Mk.

Rundschau.

* Emil Rosenow †. Kurz vor Redaktionschluß erreicht uns noch die Kunde, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Emil Rosenow in Berlin plötzlich am Herzschlag gestorben ist. Rosenow war der Jüngste unter den Mitgliedern der Fraktion. Im März 1871 zu Köln a. Rh. geboren, besuchte er die dortige Volksschule, um später die kaufmännische Laufbahn zu beschreiten. 1889 schloß er sich der sozialdemokratischen Partei an und war dann in einer Reihe sozialdemokratischer Tageszeitungen und später als freier Schriftsteller tätig. Seit 1898 ist er Mitglied des Reichstags. Die Arbeiter verlieren in dem Verstorbenen einen ihrer intelligentesten und begabtesten Führer, auf dessen höhere schriftstellerische Entwicklung gerade in der letzten Zeit große Hoffnungen zu setzen waren. In ausgezeichneten kleinen Erzählungen, von denen eine ganze Reihe im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ erschienen sind, erwarb er sich einen Ruf als Feuilletonist. Auch auf dramatischem Gebiet versuchte er sich mit Glück. Sein Erstlingswerk „Rater Lampe“ kam in Berliner Theatern zur Ausführung und erlebte auch in Stuttgart bei seiner Erstaufführung, die zufällig an seinem Todestag stattfand, einen durchschlagenden Erfolg. — Uns verknüpfen gute freundschaftliche Beziehungen mit Rosenow. Er war längere Zeit Mitarbeiter an unserer Zeitung, in den Jahrgängen 1900, 1901 und 1902 befinden sich unter dem Zeichen X. Y. Z. viele Arbeiten von ihm. Später löste sich dieses Verhältnis in durchaus friedfertiger Weise, Rosenow wandte sich anderen Aufgaben zu und wir fanden in anderer Weise Ersatz für ihn. — Jetzt nun hat der unerhittliche Tod ein junges Leben in bester Schaffensfreudigkeit geknickt, auf dessen Talent die Mitwelt noch manche Hoffnung setzen konnte.

* Der Streik bei F. W. Spear & Söhne in Fürth ist beendet. Man schreibt uns: Am

Montag den 8. Februar ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, mit Ausnahme der zwei gemäßregeltem Buchbinder. Auch die ausgesperrten Packer hat die Firma in der Weise bestraft, daß ein Teil erst am Donnerstag den 11. Februar, der andere am Montag den 22. Februar anfangen darf. Die menschenfreundliche Ansicht der Firma ist unverkennbar! Doch der Handels- und Transportarbeiter- und Buchbinderverband haben beschloffen, die noch ausgesperrten Packer in der Höhe ihres Wochenlohnes zu unterstützen.

Bei der Firma F. W. Spear & Söhne sind seit der Zeit, wo die Firma nach Doos verlegt wurde, Mißstände eingerissen, die einmal das Maß zum Überlaufen brachten und zur jetzigen Bewegung führten. Bei der Einstellung verspricht die Firma einen fixierten Wochenlohn, doch leider zahlt sie denselben nachdem nicht. Im Sommer wird den Arbeitern wöchentlich eine Stunde abgezogen, weil Samstag und Montag je eine halbe Stunde früher Feierabend ist. Im Winter feht die Firma die Arbeitszeit so feht, daß von früh 8 Uhr bis abends 7 Uhr gearbeitet wird, dann wird ein halber Tag abgezogen. Was das bedeutet bei Löhnen von 16 bis 19 Mk. und bei Arbeiterinnenlöhnen von 7 bis 8 Mk., weiß ein jeder selbst.

Unser Organisation konnte lange Zeit keinen festen Fuß fassen, erst in letzter Zeit war dies möglich. Als nun die Firma neuerdings bei den Pressern wieder Abzüge von 10 bis 30 Prozent machen wollte, kam es zum Konflikt, über den ja schon berichtet wurde.

Am Freitag fanden Verhandlungen statt zwischen dem „Unternehmerverband der Papierindustriellen“ und unserer Kommission. Die Unternehmer waren vertreten durch den Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Löwensohn, ferner Herren Heinrich und Walter und die Herren Karl und Wilhelm Spear. Von seiten der Ausständigen waren anwesend der Gauvorsitzende der Handels- und Transportarbeiter Fertsch, der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Dirscherl, Kollegin König und Kollege Emil Zöllner vom Gauvorstand. Nach mehrstündiger Beratung kam es zu einer Einigung, mit der sich dann die Ausständigen einverstanden erklärten, obgleich sie ihren Wünschen nicht in allen Punkten entsprach. Ausdrücklich wurde erklärt, daß keine der beiden Parteien als Sieger oder Unterlegene zu betrachten ist.

* Die Firma Kunstanstalt B. Groß, Aktiengesellschaft in Leipzig, errichtete in Berlin eine Zweigniederlassung.

* Wegen Bedrohung einer Arbeitswilligen hatte sich vor der Strafkammer in Hannover eine Kollegin K. zu verantworten. Der Angeklagten wurde zur Last gelegt, sie habe eine Mitarbeiterin durch Androhung körperlichen Zwanges zur Arbeitsniederlegung bestimmen wollen. Die Arbeiterinnen der Firma Wasserkamp in Hannover hatten in einer am 10. September vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung beschloffen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Zur Durchführung dieses Beschlusses zirkulierte in der Fabrik eine Kündigungsliste. Die mit der Angeklagten befreundete Arbeiterin M. weigerte sich, in diese Kündigungsliste auch ihren Namen einzutragen. Die Angeklagte hat die M. wiederholt aufgefordert, mitzutreten, und soll dabei geäußert haben: „Nimm dich in acht, wenn du das nicht tust, wirst du so behandelt, wie die Maurer, die nicht mitgestreift haben; wenn du später mal Arbeit suchst, dann bekommst du keine, weil keiner mit dir arbeiten will.“ In dieser Äußerung erblickte der Staatsanwalt die Androhung einer Körperverletzung und erhob auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung Anklage. Das Gericht mußte zunächst feststellen, ob die M. durch diese Äußerung der K. in Angst versetzt wurde und annehmen konnte, daß sie von der K. geschlagen würde, wenn sie nicht mitstriefe. Diese Meinung wollte der Fabrikant Wasserkamp, der auch die Anzeige erstattet haben soll, gewonnen haben, als er die Zeugin und noch eine andere Arbeiterin im Kontor danach befragt hatte, ob sie von irgend einer Seite beeinflusst worden, die Arbeit niederzulegen. Die Aussagen der M. vor Gericht erhärteten diese Meinung nicht, vielmehr ging daraus hervor, daß bei dem freundschaftlichen Verhältnis der Angeklagten zur Zeugin der ersteren Worte

nicht so tragisch zu nehmen seien. Der Staatsanwalt erachtete auf Grund der Aussagen des Herrn Wasserkamp die Straftat für erwiesen und beantragte für die Angeklagte zwei Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Justizrat Lengberg, erklärte die Interpretation der Wasserkamp'schen Aussage für völlig belanglos und hob hervor, daß von einer Bedrohung gar keine Rede sein könne; man könne höchstens von einer Verwarnung reden. Das Gericht folgte diesen Ausführungen. Es erkannte, daß die Äußerung der Angeklagten wohl zu Zweifeln Anlaß gebe, nach dem Sachverhalt könne aber die Androhung einer Tätlichkeit nicht angenommen werden, weshalb Freisprechung erfolgte.

* Erfroren aufgefunden wurde der fünfzigjährige Buchbinder Sebastian Becker in der Nacht zum 25. Januar zwischen Delitzsch und Boigt'sberg. In der Bezirkskrankenanstalt Boigt'sberg verschied Becker ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

* Zu einer graphischen Studienreise nach Amerika läßt die Redaktion des „Deutschen Buch- und Steindruckers“ in Persona Herr E. Morgenstern die deutschen Fachgenossen ein. Für diese Oceanreise ist der Pracht dampfer „Barbarossa“ des Norddeutschen Lloyd geschifft, der am 28. Mai von Bremen abgeht. Ein Herr R. Lemke, der Urheber dieses Planes, hat die fachliche Leitung übernommen, während dem Reisebureau von Carl Stangen in Berlin die reisetechische zugebacht ist. Herr Lemke, der mit dem amerikanischen Wirtschaftsleben vertraut sein soll, wird mit der Reisegesellschaft eine Exkursion durch die graphische Industrie verschiedener Städte Amerikas unternehmen, um schließlich mit ihr auf der Weltausstellung in St. Louis zu landen, die an Großartigkeit alle bisherigen Weltausstellungen übertreffen soll. Wer also Lust hat, 50 Tage Ferien nehmen, 2750 Mk. als Kosten der Reise sofort blechen und sich sonst noch einiges Kleingeld einstecken kann, der versäume nicht, zu dieser gewiß recht interessanten Spritztour sich rechtzeitig anzumelden.

Briefkasten.

D. C. in C. Besten Dank für Übermittlung der Adresse, wurde dem Anfragenden zugestellt.

S. M. in D. Sie haben nicht unrecht. Da der Betreffende aber Mitglied der Kommission war, konnte ich wohl mit gutem Recht annehmen, er schriebe im Auftrage dieser.

E. F. in B. Ich sehe Sie natürlich ungern als Schriftführer scheiden, denn Ihre Berichte machten mir die wenigste Arbeit, deshalb besten Dank für Ihre jahrelangen Bemühungen.

E. K. in F. Ja, kam für vorige Nummer zu spät. J. A. in B. Nur Geduld, Ihre Arbeit kommt, sie eilt nicht; Sie werden nicht der Letzte sein, der Vorschläge zum Verbandstag macht.

Berichtigung. Der in Leipzig ausgeschlossene heißt nicht Otte Thörner, sondern Thörner, worauf besonders hingewiesen sei, da es in Leipzig ein Verbandsmitglied Stalarbeiter Thörner gibt.

Zurückgestellt: Internationals und Feuilleton, sowie Berichte aus Dessau, Nürnberg, Straßburg, Leipzig, Karlsruhe, Düren, Hamburg, Frankfurt a. M. und Düsseldorf.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau V. Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg, sowie Anhalt und Sondershausen.

Gauvorort Magdeburg: Rudolf Herzberg, Magdeburg-W., Annafraße 7. (Vertrauensmann für Stenbal: H. Lohse, Brüderstraße 24; für Bernsburg: Wilh. Kammel, Langestr. 12; für Osterwied a. S.: F. Diedmann, Luffen-Allee 23; für Halberstadt: R. Elmcke, Gröperstraße 59; für Queblinburg: F. Schnake, Kaiserstraße 1; für Weißenfels: J. Schinte, Klosterstraße 2 III; für Wittenberg a. S.: W. Weißwange, Judenstr. 5; für Aschersleben: Ph. Vogt, Bassertor 9.)

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Bielefeld: Hermann Wihbrock, Mühlenstraße 34 a. Erfurt: K. Henstewitz, Schwerinstraße 15 p. Jähr. i. D.: Hermann Stammler, Schablon 18 a. Nürnberg: Franz Haag, Kernstraße 40 III.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Mitglieder.

Plauen i. Vogtl. Z. Max Kunz, Burgstraße 9 part.; von 1/28—1/29 Uhr abends, Sonntags von 11—2 Uhr.

Abrechnungen

pro viertes Quartal 1903 sind vom 3. bis 9. Februar bei der Verbandskasse eingegangen: Von Altona mit — Mk., Altona 38,82 Mk., Brandenburg 29,77 Mk., Darmstadt 10,26 Mk., Frankfurt 195,55 Mk., Freiburg — Mk., Fürth 316,95 Mk., Gelsenkirchen 32,59 Mk., Glogau — Mk., Hamburg 376,44 Mk., Magdeburg 186,06 Mk., Gau 5 181,56 Mk., Gau 6 47,34 Mk. und vom Gau 8 mit 205,60 Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Aachen, Breslau, Bromberg, Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Göttingen, Offenbach, Plauen, Schleiz, Stettin, Gau 3, 10 u. 14. E. Haucisen.

Anzeigenteil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. [103] [1.50]

Verwaltungsstelle Stuttgart.
Am 31. Januar verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied
Joseph Rheinisch
aus Tamm, im Alter von 55 Jahren.
Die Ortsverwaltung.

Am Freitag den 5. Februar starb unser lieber Kollege
Heinrich Haase
im 46. Lebensjahr.
Ehre seinem Andenken!
[104] Zahlstelle Sagen i. B.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag d. 21. u. Sonntag d. 28. Februar

Urania-Vorstellungen

in der „Urania“, Taubenstraße 48/49.

Vortragsthema in beiden Vorstellungen:
„Der Erdball als Träger des Lebens.“

Anfang beider Vorstellungen nachmittags präzis 5 Uhr.
Eröffnung der Physikale um 4 Uhr.

Wir richten hiermit nochmals an alle Besucher das dringende Ersuchen, pünktlich zur Stelle zu sein, um Störungen während des Vortrags zu vermeiden.

Die Ortsverwaltung.

Sonnabend den 19. März [105] [3.10]

Feier des 17. Stiftungsfestes

in Kellers Kessalen, Koppenstraße 29.

Alles Nähere siehe nächste Nummer dieses Blattes.

Die Zahlstelle von Strohmeyer, Rathenowerstraße 4, ist aufgehoben.

Billetts à 10 Pf. zum Kaiserpanorama und Billetts à 75 Pf. zur Treptower Sternwarte sind im Bureau vorrätig. D. O.

Unserem Freunde [106] [0.80]

August Roth

zu seinem Geburtstag ein 11faches donnerendes Hoch!

Ein. still. Verehr. aus Stuttgart.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe in Berlin.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die V. Abänderung des Kassentatuts, den § 40 betreffend, genehmigt ist und am Montag den 15. Februar d. S. in Kraft tritt.

Die Abänderung bestimmt, daß die Entschädigung für die Mitglieder des Vorstandes statt 1 Mk. nunmehr 1,50 Mk. für die Sitzung beträgt.

Ferner ersuchen wir die Delegierten, welche als Vertreter der Versicherten gewählt sind, sich bei jedem Arbeitswechsel als Selbstzahler bei der Kasse zu melden, da andernfalls ihr Mandat als Delegierter erlischt.

[107] **Der Vorstand.** [4.80]
Bernh. Joffe, Vorsitzender. Georg Bäßler, Schriftführer.

Unserem lieben Kollegen [107]

Hans Klob

zu seiner Vermählung die Herzlichsten Glückwünsche!

[108] Zahlstelle Falkenstein.

Die Beleidigung gegen Fräulein [1.00]

Martha Karolewski

nehme ich hiermit erneuoli zurück und erkläre dieselbe für ein anständiges Mädchen.

Berlin. [109] Frau Marker.

Alt Gold-Einkauf!

Rehrgold, Gummi usw. zum Aufschmelzen, jeden Posten nach Gewicht. Empfehlungen zur Verfügun. [0.80 110a]

Willy Thiele, Leipzig, Nordstr. 3.

Früher quälte ich mich [1.20]

beim Vergolden, jetzt benütze ich nur die von F. Klement in Leipzig gefertigten Werkzeuge, da bringt mir meine Arbeit Genuß und guten Lohn!

Gehilfen

in allen Gegenden Deutschlands sucht

O. Th. Winckler, Leipzig

Kostenfreier

Arbeitsnachw. f. Buchh.

[112]

„Kaffee-Haus“

Empfehle mein neueröffnetes, gut ventilirtes „Kaffee-Haus“,

Oranienstr. 144, am Moritzplatz. Kaffee 10 und 15 Pf.

Schultheiß-Versand und Märzgen à Gl. 10 Pf. I. Etage:

5 Billards (Rekord-Bande) à Stunde 40 u. 60 Pf.

Große Auswahl politischer Tageszeitungen u. Journale. [113] Hochachtungsvoll [2.00]

H. Schurig.

Leipzig.

Den Kollegen zur Nachricht, daß die Bibliothek des Fachvereins zwecks Revision am 20. und 27. Februar geschlossen bleibt. Sämtliche Bücher sind bis zum 20. Februar abzuliefern. Des weiteren die Mitteilung, daß wieder eine große Anzahl guter Bücher der Bibliothek einverleibt sind. Ein sich notwendig machender Nachtrag wird in den nächsten Wochen in Druck gegeben. Um der großen Leserschaft unserer Bibliothek entgegenzukommen, wird ab März dieses Jahres ein zweiter Bibliotheksabend eingerichtet. Näheres durch Zirkular. [114] [2.20]

Der Vorstand des Fachvereins.